

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis primumerendes
Bierteljahr 3.20 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 35 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die jedwepaltene Kolonnen-
zeile aber deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Bezugs-
und Verhimmungs-Kurzigen 30 Pf.,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 8. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 77.

Die Kameruner Schutztruppe auf spanisches Gebiet übergetreten

Erzeuger und Verbraucher.

Von Paul Hirsch, M. d. R.

In den nächsten Tagen wird im Plenum des Abgeord-
netenhauses die Beratung über die Ernährungsfürsorge im
Kriege beginnen. Die verstärkte Budgetkommission hat sich
in vielen Sitzungen eingehend darüber unterhalten, sie hat
das Thema nach verschiedenen Richtungen hin erörtert, aber
leider fast ausschließlich vom Standpunkt des Erzeugers,

Will man ein richtiges Bild von der Lage der Arbeiter
gewinnen, dann darf man nicht nur die seit Kriegsbeginn
eingetretene Teuerung ins Auge fassen, sondern dann muß
man auch in Betracht ziehen, daß der deutsche Arbeiter schon
vor dem Kriege die teuerste Ernährung gehabt hat.

Aber das spielt in den Augen der Vertreter der
Produzenteninteressen keine Rolle, ihnen kommt es einzig
und allein darauf an, der Landwirtschaft angemessene Preise
zu sichern, da angeblich nur so eine Förderung der Produktion
möglich ist.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
7. Februar 1916. (W. L. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestige Artilleriekämpfe zwischen dem Kanal von La
Basse und Arras, sowie südlich der Somme. Die Stadt
Leus wurde in den letzten Tagen vom Feinde wieder leb-
haft beschossen.

In den Argonnen sprengten und besetzten die Fran-
zosen auf der Höhe 285 (La Fille morte) nordöstlich von
La Chalade einen Trichter, wurden aber durch einen
Gegenstoß sofort daraus vertrieben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Eine in der Nacht zum 6. Februar von uns ge-
nommene russische Feldwachstellung auf dem östlichen Schara-
nifer an der Bahn Saranowitschi-Bjachowitschi wurde er-
folglos angegriffen. Der Gegner mußte sich unter erheb-
lichen Verlusten zurückziehen.

Südwestlich von Widhy fiel ein russisches Flugzeug,
dessen Führer sich verfliegen hatte, unversehrt in unsere
Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Geheimschrift.

Der österreichische Generalfabsbericht.

Wien, 7. Februar. (W. L. W.) Amtlich wird ver-
lautbart, 7. Februar 1916:

Lage überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
von Doefer, Feldmarschalleutnant.

Daß der Unwille der konsumierenden Bevölkerung über
die Erschwerung des Konsums verständlich ist, wurde in der
Kommission auch von landwirtschaftlicher Seite zugegeben, aber
man sträubt sich dagegen, diesen Unwillen durch Maßnahmen
zu beseitigen, die lediglich auf den Konsum zugeschnitten sind,

Welche Berechtigung hat nun die Forderung eines
höheren Zollschutzes für die Landwirtschaft? Inter-
essentenkreise stellen es so dar, als ob einzig und allein der
der Landwirtschaft gewährte Zollschutz die Ernährung des
Volkes während des Krieges gesichert habe.

und daß die Schutzollpolitik auch indirekt geschadet hat.
Gäbe Deutschland nicht die Abwertung gegen Dänemark, so
würde man viel mehr Lebensmittel von dort hereinbekommen.

Damit ist der Kern der Sache getroffen. Gerade die Ver-
vorzugung der Wünsche der Produzenten, die ganz besonders
im preussischen Landtage von jeher eine liebevolle Aufnahme
fanden, hat dazu beigetragen, daß wir bei Ausbruch des Krieges
und während seines ganzen Verlaufs mit so großen Schwierig-
keiten zu kämpfen haben.

Man hat in der Budgetkommission viel von der Not-
wendigkeit einer Verständigung der einzelnen Berufsgruppen
gesprochen. Die Verständigung indes, die der Mehrheit
des preussischen Abgeordnetenhauses vorzuziehen ist, die
stillschweigende Zustimmung zu allen gesetzgeberischen Maß-
nahmen, die einer einzelnen Berufsklasse zuliebe die Gesamt-
heit belasten.

Die Besetzung Kameruns interniert.

Madrid, 7. Februar. (W. L. W.) Meldung des Reuter-
schen Bureaus. Amtlich. 900 Deutsche und 14000
Eingeborene aus Kamerun sind nach Spanisch-
Guinea übergetreten und wurden entwaffnet
und interniert. Die Regierung sorgt für ihre Ver-
pflegung.

Auf Grund dieser amtlichen spanischen Meldung ist kaum
noch daran zu zweifeln, daß die Reste der tapferen Ver-
teidiger Kameruns nach 1 1/2-jährigem heldenmütigen Ringen
der gewaltigen feindlichen Übermacht haben weichen müssen.

Die vierzehntausend übergetretenen Eingeborenen sind
natürlich nicht etwa nur Soldaten der Schutztruppe, denn so
groß ist die Schutztruppe während des ganzen Ringens nie
gewesen, sondern hauptsächlich Träger, Familien der ein-
geborenen Soldaten und andere Flüchtlinge.

Scharmützel an der griechischen Grenze.

Bern, 7. Februar. (W. L. W.) „Corriere della Sera“
meldet aus Saloniki, daß englisch-französische Kolonnen
am 4. Februar gegen die griechische Grenze vorgingen, wo
Scharmützel stattfanden.

Der durch den Zeppelin in Saloniki
angerichtete Schaden.

Athen, 7. Februar. (W. L. W.) Havasmeldung. Wie aus gut
unterrichteter Quelle verlautet, wurden bei dem letzten Zeppelin-
angriff auf Saloniki Waren im Werte von drei Millionen Frank
vernichtet, von denen nur für 100 000 Frank Versicherung
bedeckt sind. Mehrere englische Versicherungsgesellschaften gaben
ihren Vertretern in Saloniki telegraphisch die Anweisung, Waren
gegen jedes Kriegsrisiko zu versichern. Darauf wurden innerhalb
zwei Tagen für über fünf Millionen Frank Waren versichert.

Einberufung im Ausland befindlicher Griechen.

Athen, 7. Februar. (W. L. W.) Sabameldung. Der König hat einen Erlass unterzeichnet, durch welchen alle Griechen der Jahrgänge 1892 bis 1914, die sich im Ausland aufhalten und sich der Militärpflicht entziehen haben, unter die Fahnen gerufen werden, mit Ausnahme derer, die in Rußland, in der Türkei, in Bulgarien oder Rumänien ihren Wohnsitz haben.

Die Ausfuhrfrage in den rumänischen Parlamenten.

Bukarest, 6. Februar. (W. L. W.) In der Kammer richtete der Abgeordnete Protoprescu an den Ackerbauminister die Anfrage, ob es richtig sei, daß Mitglieder der Zentralkommission für Verkauf und Ausfuhr von Getreide seitens gewisser Produzenten Kommissionsgebühren erhalten haben, um diesen zu vortheilhaften Abschlüssen zu verhelfen. Wenn dem so sei, wünsche er die Namen dieser Mitglieder zu erfahren. Der Ackerbauminister möge mitteilen, welche Maßnahmen er in dieser Angelegenheit ergreifen habe.

Im Senat bemängelte Senator Jworeanu, daß das Arbeitsministerium auf die Leitung des Eisenbahnwesens ungenügenden Einfluß besitze. Er wüßte die Aufmerksamkeit des Ministers auf die besorgniserregenden Zustände in dieser Verwaltung und insbesondere auf die berüchtigte Frage der Verteilung der Waggons zu lenken. Er fragte den Minister, ob er die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission bewillige, welche sich mit dieser traurigen Sachlage zu befassen hätte, und ob er sich verpflichtet fühle, die Ergebnisse dieser Untersuchungen zu veröffentlichen. Es gibt, sagte der Redner, heute kein Theaterstück und keine Post, wo man sich nicht über die Waggonverteilung lustig macht. Der Minister für öffentliche Arbeiten Angelescu stellte fest, daß infolge des Krieges sich Rumänien nicht eigener Waggons für die Ausfuhr bedienen könne, und auch die Einstellung der in Rumänien befindlichen fremden Waggons in den Dienst genüge nicht, die Bedürfnisse aller Landwirte zu befriedigen. Ebenso habe das Abkommen mit den österreichischen und den ungarischen Eisenbahnen keine befriedigende Lösung für die Frage des Waggonmangels geschaffen. So sei die Lage bis Oktober 1915 gewesen. Seitdem gehöre der Gegenstand in den Wirkungsbereich der Zentralausfuhrkommission. Untersuchungen an den Grenzen hätten Mithräusche mehrerer Stationen ergeben, die abgelehrt werden sollten. Der Minister erklärte, er habe alle Belege bereit, um zu beweisen, daß niemand begünstigt worden sei. Unter den heutigen Umständen Begünstigungen zu gewähren, wäre ein Verbrechen. Senator Jworeanu erwiderte, er billige die in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen, die übrigens zeigten, daß die Klagen berechtigt gewesen seien. Er fordere aber auch Maßnahmen für die Zukunft gegen etwaige Schuldige.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Während der Nacht herrschte schwache Artillerietätigkeit. In der Champagne richteten wir ein vernichtendes Feuer auf feindliche Schützengräben in der Gegend von Malsons de Champagne. Gestern griff im Laufe des Tages eines unserer mit Geschütz ausgerüsteten Flugzeuge ein feindliches Flugzeug an, das brennend abfiel.

Paris, 7. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern abend. In Belgien richtete unsere Artillerie im Verein mit der englischen Artillerie ein Zerschlagungsfeuer auf die deutschen Gräben gegenüber von Voerlange. Döstlich dieser Gegend wurden zwei feindliche Batterien durch unsere schwere Artillerie zum Schweigen gebracht. Döstlich von Soissons beschossen wir feindliche Werke auf der Hochfläche von Chassery. Aus neuen Mitteilungen geht hervor, daß die Beschießung, die wir gestern in der Champagne gegen feindliche Werke auf der Hochfläche von Rabarin richteten, vorzügliche Ergebnisse gezeitigt hat. Die beschossenen Gräben wurden zum Einsturz gebracht, mehrere Munitionslager flogen in die Luft. Andererseits verbreiteten unsere Geschosse, die Behälter mit erlöschenden Gasen zerstört hatten, Gaswolken, welche der Wind über die feindlichen Linien trieb.

Belgischer Bericht. Auf der Front der belgischen Armee wenig Tätigkeit.

Die englische Meldung.

London, 6. Februar. (W. L. W.) Das englische Hauptquartier meldet: In der vergangenen Nacht haben wir die westliche Ecke von drei Minenrichtern in der Nähe der Straße von Bezmeele nach La Bassée besetzt. Am frühen Morgen brachten die Deutschen eine Mine nördlich von La Bassée zum Entzündung. Es wurde niemand verletzt. Wir besetzten eine Ecke des Trichters. Weidenseits herrschte Artillerietätigkeit bei Feise, nördlich des La Bassée-Kanals, bei Wythiaete und Hjern. Gestern kam es zu 28 Luftgefechten. Wir zwangen sechs deutsche Flugzeuge, in den deutschen Linien niederzugehen.

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 7. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 6. Februar 1916.

Westfront: Die Fliegerfähigkeit der Deutschen in der Gegend von Aiga und südlich Neßfal dauert an. Unsere Flieger warfen Bomben auf den Bahnhof und die Eisenbahnbrücke über die Aa in Litau. Im Abschnitt des Generals Jwanow erkundeten unsere Aufklärer eine Reihe von Plattenminen des Feindes, verbanden diese durch einen Draht mit ihren Gräben, von denen aus sie ungefähr 40 springen ließen. An der Chaussee von Orzechow (45 Kilometer westlich Zarnopol) bereiteten wir den Versuch des Gegners, sich unseren Gräben zu nähern. In der Gegend von Wozan machte der Feind große Anstrengungen, durch Feuer, Minenwerfer und Handgranaten den von uns in der Nacht zum 3. 2. besetzten Trichter zurückzuerobieren.

Kaukasus: Wir warfen den Feind auf allen Stellen, wo er noch Widerstand leistete, zurück. Alle Angriffsversuche der Türken wurden ohne Ausnahme abgewiesen, sie erlitten durch unser Feuer große Verluste.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 6. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht. Außer Artillerietätigkeit ist von der ganzen Front kein besonderes Ereignis zu melden.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 6. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht. In der Trakfront keine Veränderung.

In der Kaukasusfront wurden feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen und Vorposten in verschiedenen Abschnitten abgeschlagen.

An den Dardanellen versorgte ein von Leutnant Kronhals gelenktes türkisches Kampfflugzeug am 4. Februar einen englischen Doppeldecker und schoß ihn ab, so daß er zwischen Imbros und Sabatepe ins Meer stürzte. Zwei Kreuzer feuerten auf Zelle Burum und die Umgebung von

Sebb ul Bahz. Nachdem unsere anatolischen Batterien geantwortet hatten, zogen sie sich nach Abfeuerung von dreißig Granaten zurück. Am 3. Februar feuerten zwei feindliche Kriegsschiffe ohne irgendeinen Schaden anzurichten im Abschnitt von Bergama vierzig Granaten gegen zwei Dörflerhöfen am Nord- und Südufer des Golfes von Tschanderli ab.

Reuter zum Verhalten des „King Stephen“.

London, 6. Februar. (W. L. W.) Eine Reuter-Meldung sagt: Die öffentliche Meinung billigt das Verhalten des Fischdampfers „King Stephen“, der sich geweigert hatte, die Besatzung des verunglückten deutschen Luftschiffes an Bord zu nehmen. Leider hat das Verhalten der Deutschen in diesem Kriege die Alliierten gelehrt, daß man ihrem Wort nicht glauben darf, noch darauf rechnen kann, daß sie die gewöhnlichen Grundregeln der Menschlichkeit beachten. Wenn der Fischdampfer mit einer Besatzung von neun Mann die Besatzung von beinahe dreißig bis an die Zähne bewaffneten Männern an Bord genommen hätte, so war aller Grund anzunehmen, daß die Schiffbrüchigen ihre Reiter übermächtigten und den Fischdampfer als Brise nach Deutschland führten. Es ist ein bedauerlicher Zug in diesem Seekriege, daß die Schiffe sich davor fürchten, die Rettung Ueberlebender von zerstörten Schiffen zu versuchen, welche in offenen Booten den Unbilden der Witterung und allen Entbehrungen ausgesetzt sind, weil sie fürchten müssen, daß diese Boote gleichsam von deutschen Unterseebooten ausgelegt werden seien, in deren Nähe deutsche Unterseeboote darauf warten, jedes Fahrzeug zu versenken, das Schiffbrüchige zu retten versucht.

London, 6. Februar. (W. L. W.) Reuter-Meldung. Der Bischof von London rechtfertigte in einer Ansprache das Verhalten des Kapitäns vom „King Stephen“, denn, wenn er die Deutschen an Bord genommen hätte, so würden sie die Besatzung des Schiffes übermächtig und die ganze deutsche Presse dies als einen Akt geschickter Strategie bejubeln haben. Die Deutschen hätten die Ritterlichkeit in diesem Kriege vernichtet.

Italien im Weltkriege.

In keinem der kriegsführenden Staaten hat die Entscheidung über Krieg oder Frieden so schwere innere Zudungen hervorgerufen wie in Italien. Die Entscheidung war nicht leicht. In langen diplomatischen Verhandlungen, hatte Oesterreich bedeutungsvolle Landabtretungen als Preis für die Neutralität angeboten. Die Wünsche der Politiker, die lediglich die nationale Abrundung des Italienerstaates erstrebten, konnten damit als erfüllt gelten. Dem Weltmachtstreben der herrschenden Politiker genügte Oesterreichs Nachgiebigkeit nicht. Ihre Ziele lagen jenseits der Adria und an den Küsten des östlichen Mittelmeeres. Und sie entschieden sich für den Krieg an der Seite der stärksten Mittelmeermächte England und Frankreich.

Will man ihre Entscheidung würdigen, dann muß man ihre Ziele objektiv betrachten und sie zu verstehen suchen. Dazu ist jetzt der rechte Augenblick, da das Vordringen der Heere der Centralmächte auf dem Balkan den Krieg in das Gebiet der italienischen imperialistischen Interessen getragen hat.

Einst trennte der alte Streit um den Besitz von Tunis Italien von Frankreich. Er ist mit Englands Hilfe längst zugunsten Frankreichs entschieden worden und gilt in Italien wohl als begraben. England steht als Beherrscher der Straße von Gibraltar und des Suezkanals Italien im Wege. Es engt den Bewegungsraum Italiens ein, hält es im Mittelmeer gefangen. Jede Ausdehnung der imperialistischen Interessen über das Veden des Mitteländischen Meeres hinaus würde Italien in eine unerträgliche Abhängigkeit von Großbritannien bringen. Dieses könnte das Mutterland Italien jeberzeit von seinen überseeischen Kolonien oder Interessengebieten absperrern.

Könnte nun Italien annehmen, durch seine Hilfe die Kraft Deutschlands, Oesterreichs und der Türkei so weit zu erhöhen, daß sie genügen würde, Englands Stellung am Suezkanal ernstlich zu gefährden und damit Italien den Weg in die Weltmeere zu öffnen? Und wenn das schon zu hoffen gewesen wäre, so müßten Italiens Weltmachtspolitiker bedenken, daß ein Sieg der Türken über die Engländer Macht und Ansehen der Türkei gewaltig erhöhen, die Erhaltung ihrer staatlichen Selbständigkeit für absehbare Zeit sicherstellen würde.

Dieses Ergebnis widerspräche jedoch allen gegenwärtigen Auslandsinteressen Italiens.

Das Bewußtsein, durch Englands Seemacht im Mittelmeer eingeschänkt zu sein, hat den italienischen Imperialismus längst an den Gedanken gewöhnt, seine Entfaltung an den Küsten des Mittelmeeres zu suchen. Sein Blick ist darum nach Kleinasien gewandt. Die auf seine Küsten gerichteten Wünsche können nur bei einer Teilung der Türkei erfüllt werden. Italiens Interessen lagen somit bei den Mächten, die einer Aufteilung der Türkei günstig gestimmt sind: England und Rußland. Auch Frankreich steht einer Teilung des türkischen Reiches nicht im Wege.

Deutschlands Machtinteresse erheischt dagegen die Erhaltung der Türkei. Es kann und will dort keine Kolonien erwerben, sondern begnügt sich damit, den asiatischen Besitz der Türkei in ein großes deutsches Interessengebiet zu verwandeln, das von einer militärisch starken und staatlich gut organisierten Türkei möglichst nusterförmig verwaltet wird. Daran hätte Italiens Waffenbrüderschaft, wenn es bei dem großen Knobeln im Frühjahr 1915 seine Karte auf die Centralmächte gesetzt hätte, nichts ändern können.

Zur Zeit des Eingreifens Italiens in den Weltkrieg konnte es auch noch hoffen, daß der Dreiverband im Mittelmeer und an seinen Küsten die Oberhand behalten würde, mochte die Entscheidung auf den übrigen Kriegstheatern nun so oder so ausfallen. Italiens Imperialisten konnten damit rechnen, durch ihre Hilfe die Macht der Entente im Mittelmeer wesentlich zu stärken und damit ihre Ueberlegenheit vollends zu sichern. Und ferner konnten die Italiener damals noch erwarten, daß Rumänien seinem Beispiele folgen und sich ebenfalls gegen Oesterreich-Ungarn wenden würde.

Italiens Differenzen mit der Donaumonarchie fielen vor allem bei seiner Entscheidung für den Krieg an der Seite der Ententemächte ins Gewicht. Dabei handelte es sich weniger um die Grenzregulierungen im Norden Italiens als vielmehr um die Beherrschung des Adriatischen Meeres.

Italiens Vorherrschaft an der Adria ist die Vorbedingung für die Ausdehnung seines Einflusses auf die Küsten Kleinasiens. Die italienische Küste der Adria ist fast hafenlos, Venedig, ganz im Innern des langgestreckten schlauchförmigen Meeres gelegen, ist der einzige bedeutende Hafen. Auch er ist als Stützpunkt für größere Flotteneinheiten ungeeignet.

Darum erstrebt Italiens Imperialismus den bedingungslosen Besitz eines Hafens am jenseitigen Adrienufer, auf dem Balkan, und — zu seiner größeren Sicherung — weitreichenden Einfluß, wenn nicht gar festen Landbesitz in seinem Hinterlande. Das würde die völlige Beherrschung der Adria durch Italien und Oesterreich-Ungarns Abschließung vom Mittelmeer bedeuten. Italien besetzte darum bekanntlich Balona, einen Hafen an der albanischen Küste, bald nach Ausbruch des Weltkrieges mit Truppen.

Die Häfen an der Westküste Italiens liegen zu fern, um seinem Herrschaftstreben im östlichen Veden des Mittelmeeres als günstige Basis dienen zu können.

Das lag also für die Imperialisten Italiens näher als der Gedanke, Oesterreich durch einen Angriff an seiner südlichen Grenze dort militärisch zu binden, um es damit an einem erfolgreichen Vorstoß nach dem Balkan zu hindern? Durfte Italien nicht hoffen, durch seinen Angriff auch die Macht der Donaumonarchie im Norden zu schwächen und Rußland dadurch die Oberhand auf dem großen Kriegsschauplatz im Osten Europas zu sichern? Ein solcher Erfolg, der den italienischen Heeren allerdings nicht befohlen war, hätte auf die Balkanstaaten, die im Frühjahr 1915 außer Serbien und Montenegro alle noch neutral waren wohl Eindruck machen und ihre Stellung zu den kriegführenden Staatengruppen wesentlich beeinflussen können.

Alle diese Kombinationen schlugen fehl. Die italienische Armee blieb trotz beispielloser Menschenopfer ohne Erfolg. Bulgarien schloß sich den Centralmächten an und mit seiner Hilfe gelang es denen, Serbien und Montenegro niederzuschlagen. Deutsche, österreichische und bulgarische Truppen drangen bis zur Adria vor und besetzten das Gebiet der italienischen Weltmachtstrebung. Italien mußte seine Truppen schleunigst aus Balona retten, um sie nicht völlig nutzlos zu opfern. Es ist begreiflich, daß dieser Ausgang des Balkanfeldzuges in Italien große Verwirrung hervorgerufen hat. Bedeutet er doch einen Stoß ins Herz der italienischen Kriegspolitik, die bisher nichts erreicht hat, als Staat und Volk in Italien an den Rand des Abgrundes zu bringen.

Zur Kohlenversorgung Italiens.

Bern, 6. Februar. (W. L. W.) „Temps“ meldet aus Rom, daß die englische Regierung in der Kohlenfrage endgültig dem Grundlag zugestimmt habe, eine gewisse Zahl von Dampfern für den ausschließlichen Ueberseebienst nach Italien zu requirieren, und zwar zu demselben Preis, wie diejenigen, welche den Dienst für die englische Staatsmarine versehen.

Zimmermann über Amerika.

Der Berliner Korrespondent der „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, in der dieser (nach einem Telegramm des W. L. W.) die Hoffnung aussprach, daß die neuen Vorschläge, die den Vereinigten Staaten bereits vorgelegt seien, die Grundlage für eine definitive Regelung geben würden. Er wolle jedoch den Ernst der Lage nicht verhehlen. Der Unterstaatssekretär sagte ferner, daß Deutschland keine weiteren Zugeständnisse machen könne und keinesfalls die Angelegenheit der Kriegführung der U-Boote in der Kriegszone anerkennen wolle. Die deutsche Regierung sei bereit, alles, was in ihren Kräften stehe, zu tun, um den Wünschen Amerikas entgegenzukommen, und habe dies auch schon getan. Aber es gebe Grenzen, bei denen selbst die Freundschaft aufhöre. Er erklärte, er begreife Amerikas Haltung nicht. Man habe in Deutschland gedacht, daß die Differenzen wegen der U-Boote erledigt seien und die „Lusitania“-Frage geregelt werden würde. Man habe von deutscher Seite zugestimmt, einen Schadenersatzanspruch zu bezahlen. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten habe gänzlich neue Forderungen gestellt, denen Deutschland unmöglich entsprechen könnte. Amerika dürfe nicht zu viel fordern und Deutschland zu demütigen versuchen. Auf diese neuen Forderungen und die neuen Instruktionen an den Grafen Bernstorff wünschte Unterstaatssekretär Zimmermann nicht näher einzugehen, doch ließ er keinen Zweifel, daß die ganze Krise auf die Forderungen Amerikas zurückzuführen sei, daß Deutschland die Verletzung der „Lusitania“ als eine völkerrechtswidrige Tat desavouieren solle. Deutschland könne die Waffe der U-Boote nicht aus der Hand legen. Der Unterstaatssekretär erklärte wiederholt, daß Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten es zu einem Bruche kommen lassen wollten, nichts mehr tun könnte, um dies zu vermeiden. Das Bedauernsvollste an der ganzen Sache würde sein, daß kein tieferer Grund zu einem Bruche vorhanden sei. Deutschland und die Vereinigten Staaten hätten keine einander widersprechende Interessen. Deutschland hoffe sogar auf eine bedeutende Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern nach dem Kriege. Diese Hoffnung würde zerstört oder es würde doch eine solche Entwicklung sehr behindert werden, wenn es jetzt zu einem Bruche käme. Aber Deutschland könne nicht weitergehen, als es bisher gegangen sei.

Die Wünsche des Handels.

Die verstärkte Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses beriet nach dem amtlichen Bericht in ihren Sitzungen am Freitag und Sonnabend über Handel und Geldverkehr.

Der Berichterstatter Abgeordneter Lippmann-Stettin führte dazu aus: Dem Handel seien durch die Verhältnisse des Krieges die schwersten Wunden geschlagen, und man müsse ernstlich daran denken, diese Wunden soweit möglich schon jetzt zu heilen. Der deutsche Handel habe vor dem Kriege seine Aufgabe glänzend erfüllt, er habe die Verteilung der Rohstoffe und Industrieerzeugnisse im Lande befriedigend geleitet, er habe für Beschaffung der nötigen Rohprodukte und Waren aus dem Auslande in angemessener Weise gesorgt und er habe im Verein mit der Industrie den Weltmarkt für die deutschen Waren erobert. Durch die Kriegsnöwendigkeiten sei er von fast allen diesen Aufgaben verdrängt, und nur wenig sei ihm geblieben. Insbesondere müsse es der Handel schwer empfinden, daß seine Tätigkeit im Inlande durch die großen Monopolgeseellschaften so gut wie ausgeschlossen werde. Soweit hier dem Handel Erleichterungen gewährt werden könnten, müßten sie ihm gewährt werden. Das sei besonders der Fall bezüglich der Frage des Imports und Exports. Besonders beim Import seien die Verhältnisse gegen früher für den Handel dadurch verschlechtert worden, daß neuerdings auch die importierten Waren im großen und ganzen der Verschlagnahme durch die Monopolgeseellschaften verfielen. Die Preise, die dann der Handel bei der Verschlagnahme erhalte, seien nicht dazu geeignet, ein Interesse am Import beim Handel noch zu halten; sie seien meistens viel geringer als die Anschaffungspreise. Jedenfalls müsse aber verlangt werden, daß die Monopolgeseellschaften die beschlaggenommenen Waren dann nicht mit erheblichem Gewinn weiterveräußern. Dies sei verhältnismäßig beobachtet. Vielmehr müßten die Monopolgeseellschaften die beschlaggenommenen Waren zu möglichst billigen Preisen weiterveräußern. Das Gegenteil würde dazu führen, daß die Konsumenten eine Erleichterung nicht erfahren, daß aber der dem Handel zu gönnende

Gewinn dem Handel zu Unrecht entzogen und den Monopolgesellschaften zugesprochen würde. Wenn auch lebten Endes das Reich einen Vorteil davon haben könnte, so mühte doch die Art der Besteuerung einzelner zugunsten des Reiches, die in der Beschlagnahme von Waren zu niedrigem Preise und deren Weiterverkauf zu hohem Preise liege, mißbilligt werden. Bei der Verwaltung der großen Kriegsgesellschaften, insbesondere der Zentral-Einkaufsgesellschaft, vermisse er ferner eine Zusammenfassung, die den verschiedenen Interessen des Handels und seinen ökonomischen Beziehungen entspreche. Wenn auch zunächst die Zentral-Einkaufsgesellschaft die vorhandene Organisation der Hamburg-Amerikanischen Reisebüro-Aktiengesellschaft hätte übernehmen müssen, so mache sich doch nach und nach fühlbar, daß diese Zusammenfassung eine einseitige sei. Auch sonst sei eine größere Beteiligung des preussischen Offiziersbundes an der Verwaltung der einschlägigen Gesellschaften erwünscht, insbesondere hätten die Verhältnisse der vom Reich neu gegründeten Seeverkehrs-Gesellschaft von 1914 in Hamburg zu Agrar des Ostseehandels Berücksichtigung zu finden.

In Bezug auf die Einkäufe der Heeresverwaltung empfahl der Berichterstatter engere Beziehungen zu den Firmen derjenigen Warenbranchen, deren Waren benötigt würden. Die Heranziehung nichtbranchenlindiger Kaufleute zu Lieferungen führe nur zu einer Verteuerung des betreffenden Artikels für die Heeresverwaltung, da die nichtbranchenlindigen Kaufleute auf den Bezug der Waren bei den zuständigen Firmen angewiesen seien, also ein unnötiger und verteuender Zwischenhandel durch ihre Zuziehung entstehe.

Der Berichterstatter schilderte sodann bei der Besprechung des Geldverkehrs die zeitige Lage der Reichsbank. Es müsse zugegeben werden, daß die Golddeckung der Reichsbank trotz des anerkanntwertigen Sammelverkehrs aller Volksteile im Fortschreiten begriffen sei. Allerdings sei die Golddeckung der Reichsbank noch immer so gut wie die der Bank von England und weit besser als die der Bank von Frankreich und der Russischen Staatsbank. Trotzdem sei aber dafür Sorge zu tragen, daß die Golddeckung nicht weiter verschlechtert würde. Das habe in zwei Richtungen zu geschehen: einmal dadurch, daß der Import möglichst auf das notwendigste beschränkt werde und die Einfuhr von Luxusartikeln unterbleibe, zweitens dadurch, daß unsere Ausfuhr in das neutrale Ausland möglichst gefördert und vergrößert werde, damit wir möglichst viele Forderungen gegen das neutrale Ausland erwerben können. Ein solches Vorgehen würde auch den Kurs unserer Valuta im Auslande stärken. Zur Steigerung des Kurses unserer Valuta diene auch unversijelhaft die bundestätliche Verordnung vom 20. Januar 1916. Durch diese werde der An- und Verkauf ausländischer Zahlungsmittel und von Forderungen an das Ausland monopolisiert und zentralisiert. Dadurch läme man in die Lage, den Import zu beaufsichtigen und zu beschränken, man läme auch dadurch in die Lage, ungebührliche Spekulationen in fremden Wäsen zu verhindern und den Kurs unserer Valuta im Auslande möglichst hochzubalten. Allerdings sei das Hauptmittel, diesen Kurs zu heben, die Förderung der Ausfuhr, die es uns gestatte, unseren Import mit den so im Auslande erworbenen Forderungen zu bezahlen. Hier sei es Pflicht der Zivil- und Militärbehörden, in eine nochmalige Prüfung darüber einzutreten, wo und wie diese Ausfuhr vergrößert werden könne.

Durch die Verordnung vom 20. Januar 1916 sei es, wie schon gesagt, ermöglicht, den Import künftig von der Beschlagnahme zugunsten der Monopolgesellschaften zu befreien. Dann werde die Intelligenz des deutschen Kaufmanns und seine guten Verbindungen im Auslande schon dafür sorgen, daß die Menge der uns zur Verfügung stehenden notwendigen Waren im Inlande vergrößert werde. Einen Gewinn dürfe man ihm dabei aber auch nicht versagen. Bei der Ausfuhr müsse man den deutschen Kaufmann ebenfalls fördern, insbesondere durch Befreiung der Ausfuhrbewilligung. Auch der sogenannte Kompensationsverkehr, bei dem es sich um Einfuhr fremder Waren im Austausch mit einheimischer Ware handele, müsse dem deutschen Kaufmann erleichtert und er müsse von dem jetzigen Monopol der Kriegsgesellschaften befreit werden.

Es müsse in jeder Beziehung jetzt und später dafür gesorgt werden, daß der deutsche Handel erhalten bleibe und allen kriegsrischen und wirtschaftlichen Anfeindungen der Gegner zum Trotz nach dem Kriege wieder zu seiner alten Höhe gelange.

Es lag zu diesem Punkt ein Antrag vor: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß während des Krieges die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, um nach Friedensschluß die volle Wiederbelebung des deutschen Handels sicherzustellen.“

In der Debatte, an der Vertreter der sämtlichen größeren Parteien des Hauses teilnahmen, herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Schädigungen des Handels soweit wie möglich schon während des Krieges beseitigt, jedenfalls aber nach dem Kriege für die völlige Wiedereinführung des Handels gesorgt werden müsse, und daß insbesondere auch die „Surrogate des Handels“, die Kriegsgesellschaften, nur als vorübergehend zu betrachten seien. Allseitig wurde auch die Bedeutung des Handels für unser Wirtschaftsleben sowie seine wertbildende Kraft anerkannt und seine großen Verluste durch den Krieg, insbesondere auch die Verluste der Schifffahrt, bedauert. Allseitig wurde auch eine erneute Prüfung der Ausfuhrmöglichkeiten befürwortet und der Freigabe des Imports und des Kompensationsverkehrs das Wort geredet. Der Handelsminister sagte erneute Prüfung der Ausfuhrmöglichkeiten im Interesse unserer Valuta zu.

Aus der Kommission wurde u. a. noch angeregt, daß Erleichterungen im Handelsverkehr, insbesondere auch im Postverkehr nach Oesterreich, wünschenswert seien.

Ueber die Wirkung der neuerlichen Beschlagnahme der Web- und Wirkwaren wurde Klage geführt. Der Minister sagte möglichste Abhilfe zu.

Drei Petitionen von Badeorten der Ostseeküste um Gewährung von Hilfe an ihre Gemeindeverwaltungen und Einwohner, die mit dem fast völligen Fortfall des Badeverkehrs in diesen Orten begründet waren, wurden nach entgegenkommenden Erklärungen des Finanzministers und des Ministers des Innern der Regierung zur Ermägung überwiesen.

Politische Uebersicht.

„Bündnisfähig“.

Im „Tag“ halte Professor Meyer gefordert, daß angesichts der Wandlungen der Sozialdemokratie die scharfe Trennung zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, und weiter daraus die Folgerung gezogen, daß die Sozialdemokratie bei künftigen Wahlen als „bündnisfähig“ gelten könnte. Gegen Professor Meyer wendet sich jetzt im „Tag“ der in ausländischen Kreisen tätige General von der Voel. Er schreibt:

„Gewiß wäre es für das innerpolitische Leben im Deutschen Reich sehr erwünscht, wenn die Stellung, welche die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges gegenüber den Staatsnotwendigkeiten im allgemeinen eingenommen hat, auch nach dem Kriege von ihr beibehalten würde. Leider gibt aber das Verhalten der sozialdemokratischen Presse und eines immerhin nicht kleinen Teils der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, besonders in der Frage der Kriegskredite, keine sichere Gewähr dafür, daß dies der Fall sein wird. Im Gegenteil läßt die Tatsache, daß die stärkere Richtung innerhalb der Sozialdemokratie im Laufe des Krieges immer mehr hervorgetreten ist und bereits zu einer ersten Krise innerhalb der Partei selbst geführt hat, befürchten, daß die unter der Wirkung des Bürgerkriegs gezeigte Mäßigung im Auftreten der Sozialdemokratie nach dem Kriege nicht andauern wird. Diese Befürchtung scheint uns so berechtigt, als die sozialdemokratische Presse schon während des Krieges wiederholt erklärt hat, daß an den „Zielen“ der Sozialdemokratie auch in Zukunft unverändert festgehalten werden würde.“

Es scheint daher verfrüht, heute schon der Sozialdemokratie die Bündnisfähigkeit bei den Wahlen in Zukunft zuzusprechen, vielmehr sollte damit gewartet werden, bis das Verhalten der Sozialdemokratie auch nach dem Kriege gezeigt hat, daß sie tatsächlich bündnisfähig ist.“

Ähnliche Äußerungen finden sich in der bürgerlichen Presse recht häufig. Sie zeigen, daß man in bürgerlichen Kreisen unserer Partei genau so ablehnend gegenüber steht wie vor dem Kriege, sofern und solange unsere Partei an ihren Zielen festhält und sich nicht bürgerlichen Wünschen anbequemt.

Vom Abgeordnetenhaus.

Heute, Dienstag, beginnt das Abgeordnetenhaus seine Plenarsitzungen um 8 Uhr.

Das preussische Abgeordnetenhaus zählt nach einem solchen erstlichen neuen Mitgliederverzeichnis 148 Deutsch-Konservative, 54 Freikonservative, 72 Nationalliberale, 40 Fortschrittler, 102 Zentrum, 12 Polen, 10 Sozialdemokraten, 2 Dänen, 1 Littauer. Zwei Sitze sind erledigt, einer gehörte bisher dem Zentrum, der andere den Nationalliberalen. Auch ohne Bürgerfrieden würden bei den Neuwahlen die Mandate den Parteien verbleiben, die sie bisher befaßen.

Vorbereitung der kommenden Reichstagswahlen.

Die Fortschrittliche Volkspartei im Regierungsbezirk Merseburg hat beschloffen, mit den Vorbereitungen für die kommenden Reichstagswahlen sofort zu beginnen. Zu diesem Zweck wurden sofort die Kandidaten aufgestellt, und zwar für Wittenberg und Merseburg die bisherigen Abgeordneten Dode und Koch, für Halle der Landtagsabgeordnete Deltus.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

Seit den Hauptwahlen im Jahre 1912 ist eine unwesentliche Verschiebung innerhalb der einzelnen Parteien des Reichstags eingetreten. Die Konservativen haben bei den Ertragwahlen vier Wahlkreise verloren und einen gewonnen. Die Sozialdemokraten gewonnen zwei Kreise (Zauch-Bezig und Vorno-Begau) und haben einen (Gerichom) verloren. Bei den anderen Parteien beträgt die Verschiebung nur einen einzigen Sitz. Ferner sind noch nicht wieder besetzt die Mandate der als Landesvertreter verfolgten früheren Abgeordneten Bettecker und Weill. Die Stärke der Fraktionen ist gegenwärtig die folgende: Sozialdemokraten 108, Zentrum 91, Nationalliberale und Fortschrittler je 45, Konservative 48, Polen 18, Elbh-Volbringer 8 und die neue Deutsche Fraktion mit 28 Mitgliedern. Wilde sind im Reichstage 9 vorhanden; unter diesen befinden sich die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Diehnicht und Kühle.

Der anhaltische Landtag wird am 10. Februar wieder zusammentreten. Er wird sich u. a. mit der Bauordnung und der freiwilligen Gerichtsbarkeit beschäftigen. Das Inkrafttreten der neuen Gemeinde-, Stadt- und Dorfordnung soll durch Gesetz auf den 1. Juli 1917, des neuen Landtagswahlgesetzes und der Gerichtsordnung für den Landtag auf den 14. November 1917 hinausgeschoben werden. Durch landesherrliche Verordnung kann ein früherer Zeitpunkt festgelegt werden. Die Durchführung des Fortbildungsgesetzes kann durch die Gemeinden bis 1. April 1918 hinausgeschoben werden.

Eine Zentralstelle des Handwerks.

In Berlin haben die preussischen Handwerkskammern gefordert. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die „Beratung über die in Aussicht stehende zentrale Vergabung von preussischen Heereslieferungen an die preussischen Handwerkskammern“. Der Vorsitzende teilte mit, es solle in Zukunft das Handwerk mehr als bisher zu den Heereslieferungen herangezogen werden. Dazu sei aber erforderlich, daß die preussischen Handwerkskammern eine juristische Persönlichkeit, eine rechts- und vertragsfähige Zentrale schaffen, also eine Körperschaft, die die Lieferungen übernimmt, sie bis in die letzten Kanäle des Handwerks, bis zum Heimarbeiter leitet, ihre Ausführung überwacht, die Ablieferung und Abrechnung mit den Behörden unter eigener Verantwortung und Haftung besorgt. Die Handwerkskammern selbst seien dazu nicht berechtigt; sie könnten aber eine geeignete Zentralstelle, etwa in Form einer G. m. b. H. errichten. — Nach eingehender Aussprache wurde im Einverständnis mit der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbelamertages einstimmig beschlossen, eine Zentralstelle für körperchaftlichen Uebernahme und Vergabung von preussischen Heereslieferungen in Berlin zu errichten und zwar unter Zuziehung aller jener nichtpreussischen Kammern, deren Kontingente preussischen Armeekorps zugeteilt sind.

Kulturaberglaube.

Freiherr v. Gleichen-Ruhwurm sprach am vergangenen Sonnabend im großen Sitzungssaal des Reichstags über „Unser Kulturaberglaube — unser Kulturglaube“.

Er führte u. a. aus:

Kultur ist heute zum Schlagwort geworden, wie etwa vor hundert Jahren das Wort Tugend, das dort sich einstellen sollte, wo die Begriffe fehlten. Ein Deckmantel. Ein amtlicher Stempel. Nicht nur in Feindesland hat sie eine schädliche und sogar gefährliche Rolle gespielt, indem sie über die sündlichen Eitelkeiten hinwegtäuschen will. Wir sind so festlich geworden, daß wir auch aus Redhaberei (im Glauben, es sei Kultur) tönen und uns tönen lassen. Der nationale Haß wird nach einigen Individuen beurteilt, Kultur und Zivilisation der verschiedenen Nationen aber waren sich nach, bewundern sich gegenseitig bis zu einem gewissen Grade, da sie von einander lernten. Wie die Völker beim Turmbau zu Babel haben wir das gemeinsame Werk verlassen. An unseren Nachbarn zu bessern, darauf werden wir vorläufig verzichten müssen, aber an uns selbst zu bessern, wird schon eine schöne Aufgabe darstellen. Was tut besonders den Deutschen not, um wahre Kultur für kommende Generationen zu erreichen, um nicht nur für, sondern Achtung zu erlangen, und nicht mehr grauam mißverstanden in der europäischen Völkerverfamilie zu stehen? Kultur, neue Kultur, die sich in heiligem Schaffen zu zeigen haben wird, Schöpfung aber verlangt Denken. Auch wir im einstigen Land der Denker haben das Denken verloren. Bloßes Gefühl und bloßer Instinkt genügen nicht, um ein erträgliches Zusammenleben der Menschen untereinander und der Völker untereinander zu ermöglichen. Dazu nötig ist ein geistiger sorgfältig geschulter politischer Verstand. Wir haben der Welt ein unerhörtes Schauspiel, aber unser Kulturglaube verlangt: maßvoll zu sein. Söhne wir lieber diesen unseren politischen Verstand, daß er unseren anderen Fähigkeiten gleichwertig werde, und wir davor bewahrt bleiben, ein zweites Mal einen solchen Todesirrtum zu tun. Gebankenlosigkeit, mangelnde Urteilskraft mögen das europäische Unheil angerichtet haben. In Zukunft muß der Politik wissenschaftliche Erkenntnis zur Basis dienen. Das Ideal des Staatsbürgers bestand in letzter Zeit immer mehr darin, den Staat für sich denken zu lassen. Kann man es ihm verübeln, daß er sich des Denkmehanismus auch bemächtigte? Sollen wir aber nur für

den Staat erzogen werden? Dieser Gedanke eines durchgreifenden Drills aller gilt der Welt als deutsches Ideal, aber es ist nicht das deutsche Ideal, nicht das Ideal aller Deutschen. Das Wort Staat gilt uns nicht mehr als Selbstzweck und organisierte Macht, sondern als die Aufgabe dem Interesse aller zu dienen, und als das Recht dieser aller, den Staat zu kontrollieren. Die dilettantische Art, in der bisher die Männerwelt in der Politik verfuhr, gibt den Frauen das Recht zu sagen: Schlechter hätten wir es auch nicht gemacht. Die Frauen sind heute die Leidtragenden, soll über ihre Köpfe weiter entschieden werden, was mit ihren Söhnen geschehen soll?

Verbot der Einfuhr von Luxuswaren.

Wie halbamtlich verlautet, ist demnächst ein Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln aus dem Auslande zu erwarten.

Die Kartoffelversorgung der Städte.

Amlich, Berlin, 7. Februar. (W. L. B.) Damit so frühzeitig als möglich mit der Kartoffelversorgung der Städte für Frühjahr und Sommer 1916 begonnen werden kann, hat der Bundesrat schon jetzt die hierfür nötigen Bestimmungen getroffen. Danach sind die Kommunalverbände verpflichtet, die für die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte erforderlichen Speisekartoffeln zu beschaffen, soweit der Bedarf nicht aus den eigenen Bezirk verfügbaren Vorräten gedeckt werden kann. Sie haben am 24. Februar eine Bestandaufnahme über die bei den Händlern, Verbrauchern und den Gemeinden selbst vorhandenen Vorräte zu machen und festzustellen, welche Mengen die Händler auf Grund von Lieferungsverträgen noch zu fordern berechtigt sind. Den sich ergebenden Festbedarf melden die Kommunalverbände bei der Reichskartoffelstelle an. Diese disponiert sodann mit Hilfe ihrer Unterorganisationen, von welchen die Kartoffeln abzutransportieren sind. Die Verteilung und den Verbrauch zu regeln, ist Pflicht der Kommunalverbände.

Zur Sicherung bis 15. März ist dann noch die wichtige Bestimmung getroffen, daß die Kommunalverbände, soweit erforderlich, die im Gewahrsam der Händler befindlichen Vorräte zu übernehmen und in laufende Verträge einzutreten haben. Die Händler sind zur Ueberlassung verpflichtet und können widerstrebenfalls enteignet werden.

Durch diese Bestimmung ist die Zurückhaltung der Händlervorräte unmöglich gemacht.

Beschlagnahme von Strickgarn.

Amlich, Berlin, 7. Februar. (W. L. B.) Bei Besprechung des Reichstages zu der Bekanntmachung betreffend Bestimmung von Spinnstoffen und daraus hergestellten Web-, Wirk- und Strickwaren (W. M. 600/1. 16 K. R. A.), wurden in der Presse mehrfach nicht zutreffende Aufklärungen gegeben. Ausgenommen von der Meldepflicht sind nicht Strickgarn in handelsfertiger Aufmachung, sondern Strickgarn in handelsfertiger Aufmachung für den Kleinverkauf zu Zapfenriegelwecken. Dagegen gehören Strickgarn — ohne daß Mindestmengen festgesetzt wären — nach § 3b zu den meldepflichtigen Gegenständen, soweit sie sich nicht in Haushaltungen zum Zwecke der eigenen Verarbeitung befinden.

Anmeldepflicht für eingeführte Futtermittel.

Die Anmeldepflicht für die aus dem Auslande eingeführten Futtermittel, Hilfsstoffe und Düngemittel erstreckt sich nach der Verordnung vom 28. Januar 1916 und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen ohne Rücksicht auf die Zeit des Anlufs auf alle in der Verordnung aufgeführten Waren, die nach dem 27. Januar auf deutschen Boden gelangt sind. Die schon vor dem 28. Januar in Deutschland eingetroffenen Waren unterliegen also nicht den Bestimmungen dieser Verordnung, sind vielmehr nach den einschlägigen Bestimmungen der früheren Verordnungen zu behandeln. Die Anmeldung hat unverzüglich nach dem Eingang der Ware durch den Einführenden zu erfolgen. Als solcher gilt, wer nach Eingang der Ware ins Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Wenn er sich nicht selbst im Inlande befindet, tritt an seine Stelle der Empfänger. Soweit die Waren über die österreichisch-ungarische oder Schweizerische Grenze eingeführt sind, gehören sie zur Zuständigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin, in allen anderen Fällen sind sie bei der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin anzumelden, und zwar die Hilfsstoffe Torfstreu und Torfmull bei der Kraftfuttermittel-Abteilung, Berlin W. 35, Genthiner Str. 34, die zu erhaltenden Futtermittel bei der Futterabteilung Berlin W. 35, Potsdamer Str. 30 II, die übrigen Futtermittel und sämtliche Düngemittel bei der

Einfuhrabteilung, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 30 I.

Die Anmeldung muß enthalten: Die Angabe 1. der Art, Menge und des Ursprungslandes 2. des bezahlten Einkaufspreises (unter gleichzeitiger Beifügung einer beglaubigten Abschrift des Schlußscheins), 3. des Aufbewahrungsortes.

Es empfiehlt sich dringend, schon der Anmeldung ordnungsmäßig gezeichnete Muster beizufügen; bei Torfstreu und Torfmull sind Angaben über Trockenheit und Auffangfähigkeit, bei Torfstreu außerdem über das Raummaß zu machen.

Soweit die eingeführten Waren an landwirtschaftliche Verbraucher, landwirtschaftliche Köpfe, Kommunalverwaltungen, Heeresverwaltungen vor Ertrag der Verordnung, also vor dem 28. Januar, bereits verkauft waren, empfiehlt es sich, den Nachweis über Verkauf, Vermittlungsgewinn — möglichst wieder an Hand beglaubigter Unterlagen — zugleich beizubringen. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte behält sich aber auch in allen solchen Fällen die ihr nach dem Gesetz zustehende Entschädigung vor, ob sie die Ware selbst übernehmen will.

Die tschechische Nationalpartei.

Prag, 7. Februar. (W. L. B.) Der Vollzugsausschuß der alttschechischen Partei hielt gestern eine Sitzung ab, in der folgender Antrag angenommen wurde: Der Vollzugsausschuß der alttschechischen Partei hat die auf den Zusammenschluß der Alttschechen, der Jungtschechen, der Nationalsozialen und der Fortschrittlichen Partei zu einer einzigen Partei unter dem Namen „Nationalpartei“, andererseits auf die Schaffung eines Verbandes aller tschechischen politischen Parteien in den böhmischen Ländern abzielenden Verhandlungen und die abgeschlossenen Verhandlungen genehmigt und beschließt, daß in Konsequenz der Vereinbarungen der Vollzugsausschuß der jetzigen Nationalpartei (alttschechische Partei) und damit die Partei selbst als aufgelöst betrachtet werden soll, sobald sich der Vollzugsausschuß der neuen Nationalpartei konstituiert haben wird.

Letzte Nachrichten.

Griechische Demonstrationen gegen die Entente.

Vern, 7. Februar. (L. U.) Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Athen: Das Regierungsgesandte „Neon Asia“ fordert die Bevölkerung direkt zur allgemeinen Demonstration gegen die verschärfte Blockade Griechenlands auf. Das Vorgehen des Blattes erregt in ganz Griechenland allgemeines Aufsehen. Inwieweit erklärt das Regierungsgesandte die Pariser Verhandlungen über Demobilisierung der griechischen Armee für unrichtig. Die Armee verbleibe bis zur vollständigen Liquidation der Balkanfrage mobilisiert, da sie für alle Fälle bereit sein müsse.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Von der Bewegung der Gastwirtsgehilfen.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen erstattete in der letzten Generalversammlung den Jahresbericht für 1915. Derselbe sagt u. a.: Die Befürchtung mancher Kollegen, es werde wegen des Krieges mit der Organisation bergab gehen, hat sich nicht erfüllt. Zunächst haben die Unternehmer ja verstanden, die unter dem Einfluß des Krieges lebende Situation zu ihren Gunsten auszunutzen. Alle Wünsche der Angestellten wiesen sie ab mit den Worten: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Löhne wurden gekürzt, das Personal wurde vermindert, so daß sich die Arbeit für die im Betriebe verbliebenen Angestellten vermehrte, ohne daß deren Einkommen erhöht wurde. Die Organisation konnte nichts dagegen unternehmen, solange eine erhebliche Arbeitslosigkeit herrschte. Die Situation änderte sich aber, als infolge der fortgesetzten Einberufungen zum Heere die Arbeitskräfte knapp wurden. Nun konnte die Organisation mit Erfolg für die Interessen der Kollegen eintreten, und die Unternehmer mußten auf die Wünsche der Angestellten eingehen. Eine Reihe von Lohnbewegungen wurde durchgeführt. Besonders zahlreich von den Kaffeehausangestellten. Das Ziel der Lohnbewegungen war, die vorher gekürzten Löhne wieder auf ihren früheren Stand zu bringen und darüber hinaus Teuerungszulagen zu erhalten. Es wurden 88 Bewegungen in 92 Betrieben mit 1069 Angestellten geführt. Der Erfolg war, daß die Löhne insgesamt um 120 000 M. oder für den einzelnen durchschnittlich um 12 M. monatlich stiegen. Daneben wurden noch andere Forderungen bewilligt, wie Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises, Anerkennung der Organisation usw. Seitdem sind Monate vergangen. Die damals gewährten Teuerungszulagen reichen bei

weitem nicht mehr aus, weil die Lebensmittelpreise inzwischen wieder enorm gestiegen sind. Durch Lohnbewegungen hätte mehr erreicht werden können, wenn nicht die Gastwirtsgehilfen in einer Reihe von Organisationen gesplittet wären, die zum Zusammenarbeiten nicht zu bewegen sind. So hat sich die ganze Bewegung für Teuerungszulagen nur auf den Kreis der Verbandsmitglieder beschränkt und auf die von ihnen besetzten Betriebe. Am 1. Januar 1915 bestanden 217 Tarifverträge, die der Verband für 28 Betriebe und 2790 Beschäftigte abgeschlossen hatte. Im Laufe des Jahres sind 38 Tarifverträge erledigt, aber 38 neue hinzugekommen. Am Jahresluß bestanden 202 Tarife für 223 Betriebe mit 2601 Angestellten. Die erledigten Verträge sind nicht alle gebrochen, sondern ein Teil ist dadurch erledigt, daß die Betriebe geschlossen wurden.

Die Mitgliederzahl ist von 2756 am Jahresanfang auf 1549 am Jahresluß zurückgegangen. Das ist eine Verminderung der Mitgliederzahl um 1202. Wenn man aber die ins Heer Eingezogenen noch als Mitglieder rechnet — was ja begründet ist — dann ergibt sich eine Steigerung der Mitgliederzahl um 179. Doch ist das immerhin nur ein Teil der Rekrutierungen, die sich auf 771 belaufen. Die Einstellung von weiblichem Bedienungspersonal im Gastwirtsgebetriebe ist eine Erscheinung, welche der Krieg mit sich gebracht hat. Die Unternehmer sind des Lobes voll über die weiblichen Arbeitskräfte. Sie rühmen die Kassierinnen, weil sie viel beißeidener, williger und anpruchslöser seien als die Kassierer. Es ist jetzt mit keinem Wort mehr die Rede davon, daß das weibliche Personal nur die Plätze der ins Feld gezogenen Männer einnehmen und mit deren Rückkehr wieder verschwinden sollte. Nach einiger Zeit wird man es in Unternehmertreisen vielleicht für selbstverständlich halten, daß die heimkehrenden Krieger nicht wieder eingestellt, sondern die beißeideneren, willigeren und anpruchslöseren Kassierinnen weiter beschäftigt werden. Es wird auch jetzt noch weibliches Personal eingestellt in solchen Fällen, wo Männer für die betreffenden Stellen zu haben sind. Für die Unternehmer ist ausschlaggebend, daß die

Kassierinnen nur die Hälfte des Lohnes männlicher Kassierer bekommen. Allerdings sagen die Unternehmer, sie zahlen den Kassierinnen den gleichen Lohn wie den Kassierern, denn sie müßten für jeden Kassierer zwei Kassierinnen einstellen. Das trifft aber in vielen Fällen nicht zu. Die Gastwirtsgehilfen werden wohl damit rechnen müssen, daß die Kassierinnen nach dem Kriege in vielen Betrieben bleiben, und deshalb Mühe haben, die Tarife aufrecht zu erhalten.

Hinsichtlich der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat der Verband ein Abkommen mit den Unternehmern getroffen. Danach sollen die Beschädigten von ihren alten Arbeitgebern in geeigneter Weise zu den üblichen Löhnen ohne Anrechnung der Militärrente beschäftigt werden.

Der Rückblick auf die Tätigkeit der Ortsverwaltung zeigt, daß die Organisation auch in dieser schweren Zeit für die Interessen der Gastwirtsgehilfen eingetreten ist. Sie wird ihnen auch ferner eine zuverlässige Stütze sein.

Die Branche der Militärattler umfaßt am Schluß des Jahres 1774 Mitglieder. Die Hochflut der Aufträge ist in dieser Branche längst vorüber. Die Wirkung der guten Konjunktur drückt sich in den erhöhten Löhnen aus. In der Hochkonjunktur verlangen keiner Zeit die Militärattler 10 Proz. auf den alten Tarif, es wurden aber zuletzt 30 Proz. gezahlt. Durch die reichlichen und dringenden Aufträge waren viele Berufsfremde in die Branche gekommen, die da glaubten, es würde immer so bleiben mit der Militärarbeit und dem Verband die Richtlinien vorzuschreiben wollten. Es sollte sogar eine „Zornister-Organisation“ gegründet werden. Die alten Militärattler verhielten sich leider zu lässig diesen Bestrebungen gegenüber. Jetzt finden nur noch gelernte Sattler in der Branche Arbeit. Die Anforderungen, die an die tätigen Mitglieder der Organisation, insbesondere an die Angestellten herantraten, stiegen ins Ungemessene. Das Hauptinteresse konzentrierte sich denn auch auf diese Branche. Es wurden im letzten Jahre abgehalten: 11 Brandenburger-Tammungen, 22 Sitzungen der Branchenleitung, 123 Werkstättenversammlungen.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Schirme

- Damen- od. Herren-Regenschirme mit Futteral 4.75
- Halbseiden-Surah, festkantig m. Futteral 6.50
- Seide mit Futteral 7.75
- Damen-Regenschirme Halbs. Surah i. dunkl. Farb. u. Horngriffen 9 M.
- Seiden-Taffel festkantig in dunklen Farben 12.75

Handschuhe

- Damen-Handschuhe Glacé, farbig, mit 2 Druckkn. . 1.65
- Glacé, weiß mit schwarzer Aufsicht, 2 Druckknöpfen 1.75
- Schwed. Handschuhe gesteppt, mit 2 Perimutkn., farb. 2.35
- Schwed. Handschuhe starke Qualität, mit 2 Druckknöpfen in farbig 2.75

Handarbeiten

feines weißes Leinen

Ausschnitt-Arbeiten, vorgezeichnet

- Kissen mit Rückwand, gezeichnet 1.80
- Decken 65 cm 1.80
- Decken 75 cm 2.65
- Decken oval 50-85 cm 1.80
- Läufer 2.10
- Kaffeewärmer 2.85

„Astra“ Sternstich, leichte Ausführungen, vorgezeichnet

- Decken 60 cm, gezeichnet 1.45
- Decken 75 cm, gezeichnet 2.10
- Läufer 35-135 cm, gezeichnet 1.75
- Kissen mit Rückwand, gezeichnet 1.10

„Edith“ auf crème starkfädigem Stoff, vorgezeichnet

- Kissen mit Rückwand, gezeichnet 1.75
- Stuhlkissen mit Franse 90 Pf.
- Decken mit Hohlsaum, 65-65 cm 1.75
- Kaffeedecke mit Hohlsaum, 160-160 cm 8.50
- Decken 130 cm o 6 M.
- Tischläufer 35-140 cm 2.10

Kaffeewärmer mit Futter 2.30

Damenhüte



14.50
Taffet-Strassenhut
flott gesteckt mit Perlschnalle



10.75
Schute
mit geschmackvollem Blüten-Piket und hängender Bandschleife



4.90
Jugendl Strassenhut
aus Kunstseide mit Seidenblende und Schnalle



19.50
Tagal-Hut
handgenäht mit Seidenroschen und schmaler Bandgarnitur



7.50
Schute
mit großer Schleife aus Kunstseide

Lebensmittel

Fische

- Dienstag und Mittwoch, soweit Vorrat:
- Grüne Heringe Pfd. 35 Pf.
 - Ostsee-Bratscholl. Pfd. 30 Pf., 5 Pfd. 1.40
 - Jütland. Schellfisch Pfd. 55 u. 60 Pf.
 - Norweger Schellfisch Pfd. 55 Pf.
 - Norweger Kablian in ganzen Fischen, ohne Kopf Pfund 55 Pf.
 - Norweger Seelachs in ganzen Fischen, ohne Kopf Pfund 55 Pf.
 - Frischer Ostsee-Dorsch Pfd. 55 Pf.
 - Getrockn. Klippfische Pfd. 60 Pf.
 - Salzische Pfund 35 40 48 Pf.
 - Kostproben von 11-1 und 6-7 Uhr.
 - Lebende Schleie Pfund 1.50
 - Lebende starke Aale Pfund 2.50
 - Lebende Hummern Pfd. 5 M.
 - Lebende Forellen Pfd. 3.50
 - r. Lachs-Forell. i. ga. Fisch. Pfd. 2.75
 - Fr. Nordsee-Musch. 5 Pfd. 40 Pf. 10 Pfd. 70 Pf.

Geflügel

- Mittwoch soweit Vorrat:
- Bratgänse Pommersche Pfd. 2.30 2.40
 - Masputen Pfund 2.20 2.40
 - Schneehühner St. 2.50 2.80
 - Suppenhühner Pfund 2.10
 - Junge Brathühner Pfund 2.40
 - Rügenw. Gänsefleisch 1.90
 - Frische Land-Eier St. 23 u. 25 Pf.
 - soweit Vorrat:
 - Hühner gefroren Pfund 1.50
 - Vorrat Wildenten Stück 2 M

Ausl. Käse

- Geheimratskäse für die Feldpost Stück 2 M
- Emmentaler Schachtelkäse 1.75
- Emmentaler Kräuterkäse St. 30 Pf.
- Emmentaler Schweizerkäse Pfd. 2 M
- Edamer Käse in ganzen Kugeln, Pfund 1.80 1.90 2 M
- Edamer Käse im Anschaff. Pfund 2 M 2.10 2.20
- Holl. Vollfett-Käse Pfund 2.40
- Holländer Brotkäse Pfund 2 M
- Holländ. Käse 2 M 2.20 2.30

Obst u. Gemüse

- Dienstag, soweit Vorrat:
- Blut-Apfelsinen Dtz 65 80 Pf u 1.20
 - Kraus-Feigen Pfd. 65 Pf.
 - Delikates-Feigen Pfd. 1.30
 - Mandarin. Pfd. 40 Pf. Zitronen Dtz 55 Pf.
 - Boskop-Aepfel Pfd. 32 Pf.
 - Rotkohl (Holländer) Pfd. 20 Pf.
 - Wirsingkohl (Holländer) Pfd. 15 Pf.
 - Welskohl (Dänischer) Pfd. 10 Pf.
 - Kohlraben (gelbe) Pfd. 5 Pf.
 - Rosenkohl Pfd. 30 Pf.
 - Märkische Rübchen Pfd. 22 Pf.
 - Schwarzwarzeln Pfd. 15 Pf.
 - Rhabarber 2 Band 25 Pf.
 - Chicorée Pfd. 22 Pf.
 - Große Dauer-Maronen Pfd. 32 Pf.

Räucherwaren

- Dienstag und Mittwoch, soweit Vorrat:
- Frischgeräuch. Sprotten 2 Pfd. 40 Pf.
 - Kieler Bücklinge 2 Stück 35 Pf.
 - Große Fundern Pfd. 1.60
 - Strals Bratheringe 4 Lit. Dose 5 M.
 - Frische Heringe in Gelee 1/2 Pfd. 50 Pf., 4 Liter Dose 5.60
 - Aal. Gelee 1/2 Pfd. 80 Pf., 4 Lit. Dose 8.50
 - Rollmopse 4 Liter Dose 5.60
 - Nordsee-Muscheln in Gelee 1/2 Pfd. 40 Pf., 4 Liter Dose 4.50
 - Bismarck-Heringe 4 L. Dos. 5.60
 - Thüringer Sauer Kohl Pfd. 15 Pf.
 - Pa. Salzgurken i. Pfl. u. ausgez. 1.10
 - Mixed Pickles Pfd. 65 Pf.
 - Geräuch. Lachs, prima 1/2 Pfd. 1.10
 - Geräuch. Oder-Aal, prima Pfd. 2 60 4 M.
 - Prima Kaviar Pfd. 24 M.
 - Kaviar, leicht gefr. Pfd. 5 M.
 - Sardelle Pfund 90 Pf. 1.80

Frischobst-Marmeladen Pfd. 50 bis 78 Pf.

Aussichten . . .

Man schreibt uns: Als 67. Heft erschien in der Broschürensammlung „Der deutsche Krieg“ eine Schrift von Dr. George von Graevenig, die etwas tiefer gehängt zu werden verdient. Der Verfasser geht, wie er selbst sagt, von dem Gesichtspunkte aus, der sich in dem japanischen Sprichwort ausdrückt: „Nach dem Siege binde den Helm fester!“ Wenn man in Betracht zieht, welche anderen Gesichtspunkte sonst stets für die zwanagsweite Teilnahme an militärischen Jugendwehrlübungen geltend gemacht werden, wie zum Beispiel der Hinweis, der Arbeiterjugend könnte dadurch ein Naturverstehen vermittelt werden, oder die Behauptung, es fände sich darin die Möglichkeit den langersehnten sozialen Ausgleich anzubahnen, oder, es handle sich um geistige und körperliche Erziehung und um die Befriedigung eines „Latendranges“ der Jugend, so ist es nicht ohne Interesse, hier wieder einmal mit fast naiver Offenheit ausgesprochen zu finden, daß es letzten Endes überhaupt nur militärische und — reaktionäre Gründe sind, die in Wirklichkeit für eine gesetzliche Maßnahme in Betracht kämen.

Man muß aus den einzelnen Sätzen selbst herauslesen: Was der Verfasser besonders betont sehen will und als Leitfaden seines Postulats aufstellt, ist der Zweck einer heutigen feldmäßigen Ausbildung im Gelände, die durch Jugendwehrlübungen erreicht werden soll. Er legt als Ziel: die unmittelbare Vorbereitung des bildsamen (!) jugendlichen Geistes auf die Kriegsführung der Jetztzeit. . . Die Übungen im Gelände (wo bleibt dabei die „Natur“?) sollen begleitet sein von Vorträgen und gegenseitigen Fragen der Leiter und Jungmannen. „Selbstverständlich muß das in Ton und Auffassung des Untergebenen ge- schehen; auch das ist Sache der Erziehung“, meint dazu Herr v. Graevenig. Tief bedauert er, daß „abseits vom Wege der staatlichen Verteidigungseinrichtung“ das getrennte Vordringen der verschiedenen Gruppen und Gruppen der Jugendvereine sich vollzieht, von deren Handlungsweise er urteilt, daß sie „an vielen Stellen die militärische Jugendpflege . . . in ihrem Wesen durcheinanderkreuzt“. Denn zum Wesen der Sache gehört, daß jeder junge, wehrfähige Deutsche vom 16. Jahre an sich einer Jugendkompanie anschließen, oder in sie mit diesem Jahre aus einem anderen Verein übertritt. . . Tableau! Und die anderen Vereine, denen sich vielleicht der junge Mann näher verwandt fühlt? Keine Sorge, sie werden verstaatlicht! Es ist eine organisatorische Verwirrung, wenn der durch die Praxis geschulte Führer der höheren Stufen eines alterprobten Pfadfinderkorps . . . eines konfessionellen Vereins sich nicht den Zwecken der staatlichen Jugendwehr einordnet. Es wäre interessant zu erfahren, was etwa Herr v. Graevenig mit den anders geführten Jugendvereinen anfangen gedenkt. Ueber die Frage der Leitung: „Das ideale (Hader in Körper und Geist“ schreibt einmal: „denn das Militär hat sich nie mit Jugendziehung beschäftigt; dazu fehlen ihm auch so ziemlich alle Voraussetzungen; es müßte denn sein, daß . . . der Offizier oder Unteroffizier der geborene Pädagoge wäre. . .“ aber!) Das ideale Veronal für diese veranwortungsvollen und schwierige Aufgabe sind aktive und inaktive Offiziere und Reserveoffiziere, . . . daneben für formale Teile der Ausbildung gebildete Unteroffiziere. . . Andere Petitionen lassen diesen Gesichtspunkt außer acht. Wie weit die Schule die Freiwilligkeit heute schon „unterstützt“, mag sich aus diesem ergeben: „Und ausdrücklich sei an dieser Stelle hervorgehoben, daß wo diese Aufsichtsstelle von dem Jugendwehrlübungen angerufen werden kann, wo Schule und wehrfähige Jugendpflichtig zusammenarbeiten, es da um die Jugendkompanien so gut steht, wie es unter den jetzigen Verhältnissen stehen kann.“ Er betont „die wohlthätige Beeinflussung“ der Schule für den jungen Mann und bedauert: „Wie bald fallen alle Schranken einer einigermaßen beaufsichtigten und gestützten Lebensführung.“ Wenn heute bereits „trotz“ des Grundschulens der freiwilligen Beteiligung“ die Einziehung Fuß gefaßt habe, so sei das den „eifrigen und militärisch vorwärtskommenden Elementen“ zu danken, um die sich „ein Ring unsicherer Kantontisten“ gruppiert, deren Abkühlung „dem dritten Ring verfallen, dem der Drückerberger“. Der Verfasser ahnt wohl kaum, was er im Anschluß daran für einen eminent wichtigen und richtigen Satz schreibt: „Sie haben der Sache innerlich den Rücken gewandt“. Wir wollen hier Müller-Weinungen glauben, was er in seinem Geleitwort zu dieser Frage sagt: Die Vernunft bricht sich selbst Bahn. . . Er betont dabei hauptsächlich die Arbeiterjugend und sagt von ihr: „und da gerade diese Elemente auch meist unbeeinflusst (!) von der Jugendhörigkeit zu irgend einem Jugendverein dahinleben, geht auch die große Zeit, in der wir leben, innerlich fast purlos an ihnen vorbei“. Diese Beeinflussung soll also nachgeholt werden und man könnte vielleicht einen Satz aus der „Gleichheit“ zitieren: „Da ist gewiß an keine partypolitische Beeinflussung gedacht, denn die hat ja der Herr Kriegsminister in seinem Erlass vom 26. November ausdrücklich verboten.“ Das Schließen soll den Jungmannen als — Belohnung erlaubt werden! Dabei der Verfasser ohne Skrupel von der Voraussetzung ausgeht: „Jeder echte deutsche Junge, dem germanisches Kampfblood in den Adern fließt, erstrebt ein Schicksal mit scharfen Patronen aus einem richtigen Armeegewehr als Abschluß seiner militärischen Vorbildung.“ Dazu läßt sich nur sagen, was die „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „Ein dauerndes Tragen der Waffe bedeutet nicht weiter als ein entwürdigendes Spielen mit dem Instrument, das der erwachsene Mann in seinen Händen führt, um den Feind, d. h. also einen Menschen zu töten.“ In der Entziehung der „Schleßerlaubnis“ glaubt Graevenig „ein wertvolles Strafmittel für Leiter und Kompanieführer“ zu besitzen.

Für die Zukunft postuliert er: in irgendwelcher festen Form muß eine wahrhafte Jugendbildung aus der Kriegszeit in die Friedenszeit herübergenommen werden, und: „die breite Grundlage dieser Form muß der staatliche Zwang der Teilnahme der Jugendlichen sein. Die Voraussetzung eines staatlichen Zwanges wäre eine Abänderung des § 5 unseres Wehrpflichtgesetzes. . .“

„Ich lasse dahingestellt, sagt er dazu, ob nicht der Reichstag unter dem Druck der eisernen Zeit und ihrer Erfahrungen für einen gesetzlichen Zwang wehrhafter Jugendvorbereitung zu haben wäre. . .“ Das mag genügen.

Aus der Partei.

Zum Fortbestehen der „Bremischen Korrespondenz“ bemerkt die „Bremser Bürgerzeitung“: „Es hat harmlose Gemüter gegeben, die meinten, nachdem die gesamte Parteipresse von der „Korrespondenz“ abgesehen, nachdem der Parteivorstand einstimmig, einschließlich der engeren Freunde des Riendorfs, das Erscheinen des Antiparteiblattes verurteilt, nachdem die Mitgliedschaft gegen eine lächerlich geringe Zahl von Stimmen mit aller Deutlichkeit ihre Meinung ausgesprochen, würde nun die weitere Herausgabe des Spaltungorgans unmöglich sein. Die Genossen haben indessen nicht beachtet, daß sich Riendorf und seine viel weniger harmlosen Schieber ihr Ziel zu hoch gesetzt haben, als daß sie sich solche Tadeln zur Warnung dienen ließen. Sie wollten die tabulata Wehrheit in Bremen vernichten, koste es was es wolle. Die „Bürgerzeitung“ muß entweder von der Paulsenstraße (dem Gewerkschafts-

hause, Red.) aus redigiert oder sie muß ruiniert werden. Wird das eine nicht erreicht, dann aber alle Mann ans Werk, damit das andere gelinge. Eine „Bremser Bürgerzeitung“, die der Zummelplag für die Auffassungen von Chauvinisten wie der David, Heine, Landberg ist — oder gar keine. Die Einheit der Partei über alles und unbedingte Sicherung ihrer Nachmittel, solange sie im Sinne der Bureaukratie funktionieren — sonst wird sie laputgeschlagen, daß die Scherben trafen. Drum auch wird in der neuesten Nummer der „Korrespondenz“ offen ausgesprochen, daß die Bremser Parteigenossen beschließen können, was sie immer wollen, die Riendorfs werden sich nicht einen Augenblick dadurch stutzig machen lassen. Der Wille der Parteigenossenchaft ist ihnen im höchsten Maße schnuppe.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die allgemein mit großer Spannung erwartete außerordentliche Delegiertenversammlung des Schweizerischen Grütlivereins zur Stellungnahme zu der vom sozialdemokratischen Parteitag in Aarau beschlossenen Parteinheit hat nun in Zürich getagt und war von 274 Stimmberechtigten, darunter 208 Delegierte aus 200 Sektionen, besetzt. Was nun als Ergebnis der zum Teil scharf jugelstimmten Verhandlungen beschlossen wurde, ist wiederum nur ein Zwischenstück und nichts Entscheidendes. Der einstimmig gefasste Beschluß (von uns schon in der Donnerstagsnummer mitgeteilt) ist ein Kompromiß zwischen den Freunden der ferneren Aufrechterhaltung des Grütlivereins und den Freunden seiner Auflösung und konnte daher einstimmige Annahme finden, auch weil dadurch der Endentscheid hinausgeschoben wurde. Fällt dieser aber einmal, so muß naturgemäß die eine Gruppe eine Enttäuschung erleben, denn Aufrechterhaltung des Grütlivereins und völlige Einheitsorganisation der Partei schließen einander aus. Nun kann bis auf weiteres jede Gruppe hoffen, daß schließlich ihr Standpunkt siegt und dementsprechend lauten auch die Kommentare der Parteipresse. „Volksrecht“ und andere Parteiblätter finden, daß die Auflösung des Grütlivereins und die völlige Parteinheit gesichert seien, während der „Grütliener“ konstatiert, daß nun in positivem Sinne für das „Ein“ des Grütlivereins entschieden worden sei. Der Kampf um die Parteinheit der schweizerischen Sozialdemokratie ist also nicht beendet, sondern geht weiter und er wird und kann schließlich trotzdem sein Ende nur finden mit der Auflösung des Grütlivereins und mit seinem vollständigen Aufgehen in der sozialdemokratischen Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

In einer Generalversammlung der Reichstagswahlkreise R 31 in Stadt und Land berichtete Reichstagsabgeordneter Hofrichter über „Die jüngsten Tagungen des Reichstags“. Hofrichter vertrat die erweiterte Minderheit und bedauerte das Vorgehen der Zwanzig. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: Die Verlammlung billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion als folgerichtige Anwendung der in der Erklärung vom 4. August niedergelegten Grundzüge, denn weder ist das Ziel der Sicherung erreicht, noch sind die Gegner zum Frieden bereit. Sie erblidt in der Zustimmung zu den Kriegsvorlagen keine Vertrauensstärkung für die Regierung, sondern lediglich den Ausdruck des alle Parteigenossen befehlenden Willens, das deutsche Volk vor den verhängnisvollen Folgen einer etwaigen militärischen oder wirtschaftlichen Niederlage zu bewahren. Das Vorgehen der zwanzig Genossen, die am 21. Dezember im Reichstage eine Sondererklärung abgegeben haben, wird als Disziplinbruch und als Parteischädigung verurteilt. Die Verlammlung fordert von der Regierung auf Grund der ausreichenden Vorräte eine Lebensmittelpolitik, die der Rot weiter Volkskreise gerecht wird; sie verlangt ferner den Ausbau der Kriegsfürsorge, eine gerechte Verteilung der Steuerlasten und die Aufhebung des Belagerungszustandes. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie einmütig ihre volle Kraft zur Erreichung dieses nächsten Zieles einsetzt.

Für den ersten Abtag dieser Entschlüsse stimmten 124, dagegen 60; für den zweiten Abtag 118, dagegen 66. Der letzte Abtag wurde einstimmig angenommen. Aus dem in derselben Verlammlung erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die beiden Kölner Wahlkreise am Ende des Jahres 1915 8005 männliche und 1006 weibliche Mitglieder hatten. Die Zahl der Genossen hat sich im letzten Vierteljahr um 70 vermindert, die der Genossinnen um 57 vermehrt.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Augriffsstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden; verschiedentlich muhten sich die Arbeiter gegen eine beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. Nun liegt auch die Statistik über die der General-Kommission angeschlossenen Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1095 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffsstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Nur zwei von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerkegruppe, auch von der amtlichen Statistik erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein — Angriffsstreik (!) erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Bekundungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann. Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur sieben Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angängig. Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen 303 040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9972 Bewegungen mit 1 224 528 Betei-

ligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5855 Orte und wurden davon 26 248 Betriebe mit 603 420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 848 mit 100 258 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55 991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 139 186 Stunden pro Woche und für 193 298 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 300 818 M. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 78 893 M. pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen muhten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2072 Stunden, 1298 eine Lohnkürzung von insgesamt 4391 M. pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146 807 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4 907 877 M. Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 Proz. mit 296 350 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83 803 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine Angriffs- und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29 Proz. kam es zu Arbeitseinstellungen, von denen insgesamt 96 681 Personen, darunter 14 179 weibliche betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Proz. Angriffsstreiks, 517 = 86,7 Proz. Abwehrstreiks und 116 = 8,2 Proz. Aussperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bezw. 3,4 Proz. erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,4 auf 8,2 Proz. zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 88 946 auf die Angriffsstreiks, 29 823 auf die Abwehrstreiks und 27 912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Proz. mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Proz. mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Proz. mit 33 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Proz. derselben erfolglos blieben, während 63,8 Proz. erfolgreich und 16,6 Proz. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es muhten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichsten Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 4 738 473 M. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffsstreik in Forst. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolgreichen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Steinfeger in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 24 760 Stunden pro Woche, für 33 362 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78 857 M. pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1182 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 338 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 29 938 M. pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 854 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25 454 Personen.

Der Krieg hat den gewerkschaftlichen Organisationen manche Anerkennung aus fast allen Kreisen der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben.

Der Austrag dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Opfern sich vollziehen als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Wird den Gewerkschaften diese Anerkennung nicht zuteil, so müssen sie sich diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinn. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik hat bei einem Aktienkapital von 12,3 Millionen Mark nach Abzug von 1,5 Millionen Mark für Kriegswirtschaftszwecke einen Fabrikationsüberschuß von 13 Millionen Mark auszuweisen. Ueber 5 Millionen Mark wurden davon für die Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt, über 2 Millionen Mark zur Tilgung alter Schuldverschreibungen und über 3 Millionen für Abschreibungen verwandt. Die Verteilung einer relativ bescheidenen Dividende von 13 Proz. zeigt, daß das Unternehmen für die Zukunft vorsorgen und eine beständige Dividendenpolitik treiben will. Aus dem Umstand, daß der Ertrag der Firma bisher gering war, erklärt sich auch die hohe Rückstellung für die Kriegsgewinnsteuer, die beinahe nur den Mehrertrag betrifft. Die Firma kam früher gegen den übermächtigen Einfluß der jetzt mitbeteiligten Firma nicht auf und steht jetzt mit Krupp in finanzieller Verbindung. Einen prozentual noch größeren Gewinn hat die Gasapparat- und Gusswerkz.-G. in Mainz auszuweisen, die 25 Proz. Dividende verteilt und außerdem 100 Proz. des Aktienkapitals bar ausgeschüttet. Und das trotz der notwendigen Rückstellungen für die Kriegsgewinnsteuer! Auch dieses Unternehmen ist durch den Krieg gesund geworden. Im Jahr 1912 ist das Aktienkapital von 1 050 000 M. auf 540 000 M. verringert und dann eine Dividende von 3—6 Proz. verteilt worden. Im Oktober 1915 wurde das Aktienkapital wieder auf 1 000 000 M. erhöht, wie es scheint, zu dem einzigen Zweck, den Gewinn irgendwie unterzubringen. Beide Fälle zeigen, daß eine nur 50prozentige Kriegsgewinnsteuer viel zu niedrig ist.

Berliner Wohnungsverhältnisse.

Seit einer Reihe von Jahren ließ der Vorstand der Ortskrankenpflege für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker durch die Krankenbesucher Feststellungen machen über die Beschaffenheit der Wohnungen der besuchten Kranken. Nachdem die genannte Kasse am 1. Januar 1914 in die „Allgemeine Ortskrankenpflege der Stadt Berlin“ übergegangen war, hat diese die Wohnungsuntersuchungen in derselben Weise, wie sie früher von der erstgenannten Kasse betrieben wurden, fortgesetzt. Die Arbeiten, welche durch den Aufbau der „Allgemeinen Ortskrankenpflege der Stadt Berlin“ und später durch den Ausbruch des Krieges entstanden, verzögerten die Bearbeitung und Veröffentlichung der im Jahre 1913 von der Ortskrankenpflege der Kaufleute vorgenommenen Wohnungsuntersuchung. Jetzt ist diese Bearbeitung zusammen mit der für 1914 von der Allgemeinen Ortskrankenpflege betriebenen Untersuchung im Druck erschienen. Albert Kohn, der die früheren Erhebungen bearbeitet hat, zeichnet auch jetzt als Bearbeiter dieses wertvollen Beitrags zur Berliner Wohnungsstatistik.

Der Personenkreis, der für die frühere Ortskrankenpflege der Kaufleute in Frage kam, ist nach Einkommen und Lebenshaltung wesentlich anders geartet als der Personenkreis, aus dem sich die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenpflege zusammensetzen. Vergleiche zwischen den Untersuchungsergebnissen der beiden Jahre 1913 und 1914 können deshalb nur bedingungsweise gemacht werden. Während in der früheren Ortskrankenpflege der Kaufleute in der Hauptsache ein besser gestellter und deshalb im allgemeinen auch besser wohnender Teil der Arbeitnehmer vereinigt war, umfaßt die Allgemeine Ortskrankenpflege alle möglichen Schichten von Arbeitern und Arbeiterinnen. Deshalb darf man annehmen, daß die Erhebungen von 1914 ein zutreffendes Bild von den Wohnungsverhältnissen der Berliner Arbeiterbevölkerung überhaupt geben.

Ein Vergleich mit den Zahlen von 1913 und 1912 läßt erkennen, daß zwar die bedenklichsten Mängel im Wohnungswesen langsam abnehmen, daß aber eine allgemeine Verbesserung in der Befriedigung des Wohnbedürfnisses der breiten Massen nicht eingetreten ist. In mancher Hinsicht liegt sogar eine Verschlechterung vor. Dierher gehört die unerblickbare Tatsache, daß eine allmähliche Abwanderung aus den Vorderhäusern in die Hinterhäuser, also in mangelhaftere Wohnungen, stattfindet. Aber hiervon abgesehen ist die Zahl der Wohnungen, welche selbst den bescheidensten gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechen, immer noch verhältnismäßig groß.

Die Abmessungen des Wohnraumes, seine Bodenfläche und sein Luftraum, sind in erster Linie dafür maßgebend, ob man in solchem Räume in gesundheitlicher Hinsicht gut oder schlecht wohnt. 12,18 Quadratmeter Bodenfläche werden als zulässige Mindestmaß für den Wohnraum angenommen. Unter den 19 294 Wohnräumen auf welche sich die Untersuchung im Jahre 1914 erstreckte, waren 1484, die nur bis 10 Quadratmeter Bodenfläche aufwiesen. Darunter befinden sich 121 Räume mit Bodenflächen bis 6 Quadratmeter. In diesen viel zu kleinen Wohnräumen hausten neben dem Kranken in 474 Fällen noch eine Person, in 168 Fällen noch 2 Personen, in 57 Fällen noch 3 Personen, in 16 Fällen noch 4 Personen und in 5 Fällen noch 5 Personen. Entsetzliche Zustände müssen in so fürchterlicher Enge herrschen, namentlich, wenn so kleine Räume auch noch fensterlos sind, was auf 27 Wohnräume mit weniger als 10 Quadratmeter Bodenfläche zutrifft. — Die Annahme, daß ein Wohnraum mindestens 12,18 Quadratmeter Bodenfläche haben soll, hält sich in sehr bescheidenen Grenzen. Der Bearbeiter der Statistik verweist darauf, daß die Hygieniker Wagner und Huppe für Aufenthaltsräume 16—20, für Schlafräume 20—25 Quadratmeter Bodenfläche fordern. An dieser Forderung gemessen ergibt sich, daß von den untersuchten Aufenthaltsräumen 11 188 unzulänglich sind. Der Mangel an Raum bringt einen Mangel an Betten mit sich auch in solchen Fällen, wo die Bewohner wohl die Mittel zur Anschaffung von Betten haben würden. So giebt also ein Uebel das andere nach sich.

Die Berliner Baupolizeiordnung fordert für Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, eine Mindesthöhe von 2,80 Meter. Es wurden aber 4494 Räume in Räumen angetroffen, welche der polizeilichen Mindestforderung nicht entsprachen. Dabei sind 1105 Personen, die in Räumen wohnen, welche noch nicht 2,50 Meter hoch sind, angetroffen worden. In Einzelfällen geht die Höhe sogar bis auf 1,80 Meter herab. Die Zahl der sehr niedrigen Wohnräume geht ja infolge des Abbruchs alter Häuser von Jahr zu Jahr langsam zurück. Trotzdem weist die Statistik für 1914 gegen die für 1913 eine prozentuale Zunahme (von 19,81 auf 23,33 Proz.) derjenigen Räume auf, deren Wohnungen dem polizeilichen Mindestmaß nicht entsprachen. Dieser Umstand muß auf die erwähnten Veränderungen des von der Statistik in den beiden Jahren erfaßten Personenkreises zurückgeführt werden.

Hinsichtlich des notwendigen Raumangebots für Wohnungen schwanken die Forderungen bekannter Hygieniker zwischen 15 und 30 Kubikmeter Luftraum für jeden Erwachsenen. Der Bearbeiter der Statistik hält mit Rücksicht darauf, daß bei den meisten Berliner Kleinwohnungen eine gründliche Lüftung sehr erschwert ist, einen Luftraum von 20 Kubikmeter für die erwachsene Person für das notwendige Mindestmaß. 6199 Personen bewohnten Räume, welche dieser Forderung nicht entsprachen. Das ist gegen die beiden Vorjahre prozentual ein geringer Fortschritt; aber nur, soweit es sich um männliche Mitglieder handelt. Die weiblichen Mitglieder wohnen dagegen noch enger wie früher. Verschlechterungen dieser Art wurden hauptsächlich in Hinterhäusern festgestellt. Die Statistik für 1914 zeigt aber auch, daß 1134 Personen Räume bewohnen, welche nicht einmal 10 Kubikmeter Luftraum für die Person gewähren, darunter sind 66 Personen, von denen jede noch nicht 5 Kubikmeter Luftraum zur Verfügung hat. In Krankenhäusern werden in Einzelzimmern 40—50, in Zimmern mit mehreren Betten 30—40 Kubikmeter Luftraum auf jedes Bett für angemessen gehalten. Hiernach muß also als betrübende Tatsache festgestellt werden, daß ein großer Teil der Hauskranken sich in so schlechten Wohnungsverhältnissen befindet, daß eine wirksame Krankenpflege ausgeschlossen erscheint. Die Enge der Wohnung ist eine Gefahr nicht nur für den Kranken, sondern auch für seine Wohnungsgenossen. Burden doch in unzureichenden Räumen 1871 an Lungenkrankheiten und 859 an Infektions- und parasitären Krankheiten leidende Patienten angetroffen. Der Bearbeiter der Statistik sagt:

„Wenn unsere Zahlen der kleinsten Räume auch von Jahr zu Jahr eine erfreuliche Besserung zeigen, so berechtigt das leider nicht zu dem Schluss, daß unsere Bevölkerung tatsächlich in den letzten Jahren weiträumiger wohnt wie dies früher der Fall war. Wir erblicken vielmehr die Hauptursache des Rückganges der Zahl kleiner Räume darin, daß die Hausärzte da, wo sie die Wohnungsverhältnisse aus eigener Anschauung kennen lernten, die Kranken aus den überfüllten Räumen in die Krankenhäuser verweisen. Auch bei den Kranken nimmt die Einsicht immer mehr zu, daß sie in dem engen Heim ungenügend untergebracht sind. Sie ersuchen deshalb immer häufiger den Arzt um Ueberweisung in ein Krankenhaus. Doch bleibt die Zahl dieser immer noch groß genug, die in engen, überfüllten Stuben, sich und oft genug auch ihrer Umgebung zur Qual, dahinsiechen.“

Aus der Statistik ist ersichtlich, daß der größte Teil der besuchten Kranken in den höher gelegenen Stockwerken, meistens 2, 3 und 4 Treppen hoch wohnt. Die Zahl der in diesen Höhenlagen befindlichen Wohnungen ist gegen die Vorjahre prozentual etwas gestiegen, dagegen für Erdgeschos und ersten Stock etwas zurückgegangen, was auf eine allgemeine Einschränkung der Bevölkerung hinsichtlich der Wohnung schließen läßt.

Obgleich die Zahl der Kellerwohnungen in Groß-Berlin von Jahr zu Jahr sinkt, ist die Zahl der Kranken, welche Kellerräume bewohnen, im Jahre 1914 gestiegen und zwar, mit den Zahlen von 1913 verglichen, nicht nur gegenüber den Handlungshelfern und -gehilfen, sondern auch gegenüber den Handelsreisenden und -arbeiterinnen. 630 Kranke (226 männliche und 404 weibliche) wurden im Jahre 1914 in Kellerräumen angetroffen. 207 Kranke (63 Männer und 207 Frauen) hausten in Dachwohnungen. Hierzu wird bemerkt, daß die alleinstehenden männlichen Kassenmitglieder die im Keller liegenden Schlafstellen immer mehr meiden, wodurch sich das Ueberwiegen der weiblichen Kellermohner erklärt. Wegen ihrer geringeren Entlohnung sind die weiblichen Schlafgänger auch mehr als die männlichen im Dachgeschos, sowie im dritten und vierten Stockwerk anzutreffen. Dies ist um so bedauerlicher, als das viele Treppensteigen für den weiblichen Organismus besonders schädlich ist. In den höher gelegenen Stockwerken kommen dann auch nach Dr. Eugen Jäger mehr Früh- und Totgeburten vor als in den niedrig gelegenen Wohnungen. — Hinsichtlich der Kellerräume hat Schwabe festgestellt, daß dort die Sterblichkeit stärker ist als in allen anderen Wohnungen, daß die Epidemien in den Kellern härter auftreten als andernwärts und daß die Kellerräume den intensivsten Nährboden abgeben für die Durchfalls- und Infektionskrankheiten.

Seim Vergleich der für Vorder- und Hinterhäuser ermittelten Wohnungsverhältnisse fällt die wesentlich stärkere Befragung der Hofwohnungen auf. Sie ist um so bedenklicher, als hier die Räume meist kleiner sind als in den Vorderhäusern, also eine Ueberfüllung noch leichter eintritt. Auch ist die Ventilation der Hofwohnungen mangelhafter als die der Vorderwohnungen.

Ein wesentliches Erfordernis für die Wohnung ist, besonders wenn sich Kranke darin aufhalten, daß sie eine gute Heizgelegenheit hat. Ein schlechter Heizstand ist es, daß im Jahre 1914 noch 198 Kranke in Wohnungen ohne jede Heizgelegenheit angetroffen wurden, daß die Wohnräume von 400 Kranten durch eiserne Öfen und 1468 Räume nur durch Kochmaschinen, in beiden Fällen also durch recht gesundheitswidrige Heizapparate, geheizt werden konnten. 1340 Kranke bewohnten Räume, die ungenügendes Tageslicht erhalten, 61 Kranke hausten sogar in völlig fensterlosen Räumen. Es muß leider festgestellt werden, daß die Zahl der ungenügend beschichteten Räume sowohl absolut wie relativ gegen die der Vorjahre gestiegen ist.

In einer Schlussbetrachtung sagt der Bearbeiter der Statistik, die vorliegende Darstellung beweise, daß eine Reihe schwer empfindlicher Mängel geringer werden, in mancher Beziehung sei ein gewisser Fortschritt unverkennbar, aber das Gesamtbild weise doch außerordentlich viel Schatten auf. Die Kellerräume, wenn auch nicht mehr so zahlreich wie früher, seien immer noch nicht verschunden. Dachwohnungen, ungenügend vor Witterungseinflüssen geschützt, würden immer noch angetroffen. Die Wanderungen des Krankensuchers führen oft durch kleine unfreundliche Höfe, über enge Treppen, an deren Abfängen Klosetts für mehrere Familien liegen, durch dunkle Korridore in Küchen, die noch als Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume dienen. Dunkle und feuchte Zimmer, mangelhafte Öfen fallen immer wieder auf. Es bleibe noch viel zu tun, bis wir zu geregelten Wohnungsverhältnissen gelangen. Es sei zu befürchten, daß nach dem Kriege eine außerordentlich Wohnungsnot drohe. Die ganzen Verhältnisse zwingen jetzt die Organe der Arbeiterversicherung, nicht zuletzt diejenigen der Krankenversicherung, dazu, nicht nur die Entwicklung unseres Wohnungswesens sorgsam im Auge zu behalten, sondern sie fördern zu helfen wo und soweit das irgend möglich ist.

Aus Groß-Berlin.

Neues vom Treptower Bebauungsplan.

In einem Vortrag vor dem Treptower Kommunalverein machte Herr Gemeindebaumeister Lohse über den Treptower Bebauungsplan eingehende Mitteilungen, welche die darüber bisher in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten wesentlich und interessant ergänzen. Hiernach wird Treptow, das jetzt annähernd 40 000 Einwohner zählt, nach vollständiger Bebauung, also nach organischer Zusammensetzung der zurzeit getrennt liegenden drei Ortsteile, über Wohnungen für weitere 100 000 Einwohner verfügen. Ein moderner Bebauungsplan soll, wie Herr Lohse ausführte, nicht nur Wohnbedürfnisse befriedigen, sondern auch Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Er soll auch durch den Bau der verschiedenen Wohnhausstypen ermöglichen, daß gleichzeitig alle Bevölkerungsklassen in erforderlichem Verhältnis zur Besiedelung herangezogen werden. Eine derartig geschichtete Bevölkerung sei in der Lage, in Gemeinschaft mit leistungsfähigen industriellen und gewerblichen Betrieben den jeweiligen kommunalen Anforderungen gerecht zu werden, auch wirtschaftlich schwächere Schichten in sozialer Beziehung zu stützen und steuerlich zu entlasten. Nach dieser Richtung hin war die Treptower kommunale Entwicklung bisher durchaus gesund. Obgleich 85 Proz. Kleinwohnungen bis 3 Zimmer vorhanden sind, übersteigt der durchschnittliche Einkommensteuerfuß pro Kopf denjenigen einer großen Reihe anderer Berliner Vororte. Den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend, sind im aufgeteilten Gelände Baumschulenswegs sowohl wie im mittleren Ortsteil Grün- und Spielflächen in umfangreicher Weise ausgedehnt. Spielflächen namentlich dort, wo eine dichtere und mehrstöckige Bebauung vorgeschrieben ist und vorwiegend Kleinwohnungen entstehen werden. Die Spielflächen sind bis zu 23 000 Quadratmeter groß. Besonderer Wert ist gelegt auf die zweckmäßige Anordnung der großen Spielflächen abseits vom Verkehr und möglichst in unmittelbarer Verbindung mit den projektierten Schulen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die im Treptower Gemeindegebiet liegenden Wald- und Parkflächen vorwiegend der Erholung der Bewohner der Stadt Berlin gewidmet sind und den Berlinern auch erhalten bleiben müssen.

An öffentlichen Gebäuden sind vorgesehen zwei Kirchen, acht Gemeindeschulen bezw. höhere Lehranstalten, ein Straßenreinigungsdopel, ferner am zukünftigen Marktplatz zwischen der Neuföllner Anschließbahn und dem Heidekampweg eine ganze Gruppe mit Feuerwehrdepot, Markthalle und Badeanstalt. Diese Baugruppe, die forumartig den Marktplatz begrenzt, wird durch eine 400 Meter lange und 70 Meter breite Grünanlage mit einer schon vorhandenen Kirche verbunden. Ueber die nach Treptow zu führende Schnellbahn sagte Herr Lohse folgendes: Sie ist bis zum Görlicher Bahnhof als Untergrundbahn gedacht, wird anschließend nach Ueberwindung der erforderlichen Rampe als Hochbahn den Landwehrkanal zwischen der Wiener Brücke und der Görlicher Bahn kreuzen und möglichst neben dem Staatsbahnkörper weiterlaufen. Der Vorteil auf Treptower Gebiet liegt darin, daß der Seitenkörper zum größten Teil auf einen Erd-damm verlegt werden kann, so daß die Baukosten ganz wesentlich geringer werden als bei einer Hochbahn auf eisernen Trägern. Nach der Ueberführung der Eichbuschallee soll die Schnellbahn in einem Tunnel die Görlicher Bahn

schneiden und an einer etwa im Zuge der Baum-schulensstraße zu errichtenden Brücke nach dem jenseitigen Spreenfer geführt werden. Ein Abzweig könnte von der Haltestelle Eichbuschallee nach Baum-schulensweg usw. geleitet werden. Die früher in der ganzen Länge der Kieholzstraße vorgesehene Linieneinführung würde erheblich teurer werden und als Hochbahn das Straßenbild sowie den Wert der anstößenden Grundstücke beeinträchtigen. Eine Untergrundbahn durch das ganze Treptower Gebiet sei wegen des hohen Grundwasserstandes kaum möglich. In verkehrstechnischer Beziehung würde durch Schaffung von direkten Umsteigemöglichkeiten an der Kreuzung der Parkstraße zu dem an derselben Straße projektierten Schnellbahnhof eine glückliche Vereinigung beider Verkehrsmittel erzielt werden. Damit wäre zugleich das vor mehreren Jahren von Treptow mit Unterstützung fast aller östlichen Vororte angestrebte, aber von der Eisenbahndirektion aus technischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnte Projekt der Verlängerung der Görlicher Bahn über den Görlicher Bahnhof hinaus in das Stadtinnere zum Teil erreicht.

Nach Vollendung der Schnellbahnlinie Noabitz-Treptow, die das Rückgrat der neuen Treptower Groß-Siedlung sein soll, werden sich naturgemäß auch die Treptower Hauptverkehrsader ganz anders gestalten. Man hofft, daß dadurch der vollständig ausgebaute Strahenzug Treptower Chaussee—Neue Krugallee frei wird von dem Schwerverkehr, so daß nicht mehr so stark wie jetzt eine Benzin- und Staubwolke die Mitte des Treptower Parks und die Straßenseite des Plänterwaldes durchzieht.

Die Berliner Konsumgenossenschaft veröffentlicht soeben ihren Halbjahresbericht, der die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1915 umfaßt. Es geht daraus hervor, daß der Umsatz in diesen sechs Monaten 11 049 806,05 M. gegen 8 808 185 M. im gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres betrug. Die Umsatzsteigerung von rund 25 Proz. dürfte allerdings nicht auf einen Mehrverbrauch an Waren zurückzuführen sein, sondern seine Ursache in den bedeutend gestiegenen Preisen gegenüber dem Vorjahr haben. Auf dem Rohwarenmittelmarkt macht sich ja jetzt bei verschiedenen Waren eine kolossale Knappheit bemerkbar. In ihrem Bericht gibt die Genossenschaft Auskunft, aus welchen Ursachen die einzelnen Waren nicht beschafft werden können. Von allgemeinem Interesse dürfte es sein, daß es der Genossenschaft in den Zeiten der größten Butterknappheit möglich war, über 500 Zentner Butter mehr zu beschaffen als im vorhergehenden Jahre. Außerdem sind in dieser Berichtsperiode 1100 Zentner mehr Margarine und Kunstspeise von ihr verkauft worden und trotzdem mühten auch ihre Mitglieder unter der Knappheit der Fettwaren zu leiden. Abgesehen von dem Zuckermangel, den die Genossenschaft an Mitgliedern zu verzeichnen hat, dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß sich die Mitglieder in der jetzigen Zeit viel mehr verhalten, diese Waren im Laden der Konsumgenossenschaft zu kaufen, weil die sonstige Einkaufsmöglichkeit nicht annähernd mehr in dem Maße gegeben ist, wie zu Friedenszeiten, denn es muß beachtet werden, daß reines Schweinefleisch ja nur noch in sehr geringem Maße zu haben ist.

Wir haben im „Vormärts“ wiederholt die Verhältnisse auf dem Rohwarenmittelmarkt erörtert und wollen deshalb nur noch bemerken, daß die Konsumgenossenschaft auch sehr unter den mangelnden Zufuhren von Kartoffeln zu leiden hatte. Die Konsumgenossenschaft hat große Mengen Kartoffeln eingekauft, bekam sie aber so unregelmäßig angeliefert, daß sie die Wünsche derjenigen Mitglieder, die sich Kartoffeln ins Haus fahren lassen wollten, nicht voll befriedigen konnte, und auch in den Verkaufsstellen ist häufiger eine Kartoffelknappheit eingetreten.

Ein recht günstiges Resultat hat die Konsumgenossenschaft in ihrer Bäckerei erzielt. Der Umsatz in der Bäckerei stieg von 2 108 000 M. auf 3 188 000 M.; diese Steigerung von rund 49 Proz. wird durch den höheren Preis durchaus nicht aufgezwungen, sondern hier liegt ein bedeutender Mehrverbrauch vor. Das Brot der Konsumgenossenschaft ist allgemein beliebt und wird sehr gern gekauft. Um den Anforderungen, die an die Konsumgenossenschaft herangetragen, gerecht bleiben zu können, sind bereits Vorbereitungen getroffen, um eine weitere Bäckerei zu errichten. In Aussicht ist genommen, diese dritte Bäckerei in Tempelhof auf dem zwischen Teile- und Germaniastraße gelegenen Grundstück zu errichten. Voraussichtlich dürfte zum Frühjahr schon mit dem Neubau begonnen werden.

Ein noch erfreulicheres Ergebnis als in der Brotbäckerei zeigt sich in der Pfefferluchfabrik. Hier wurden im letzten Jahre für 245 496 M. Pfefferluchen hergestellt gegen 116 600 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert ist, daß die Konsumgenossenschaft in ihrem Bericht darauf hinweist, viele dieser Pfefferluchen seien als Liebesgabe ins Feld geschickt worden. Nicht nur die Frauen sind gekommen, um für ihre Männer Pfefferluchen zu kaufen und ins Feld zu schicken, sondern auch diejenigen Mitglieder, die durch ihre Korporation an Angehörige Liebesgaben senden wollten, haben Pfefferluchen der Konsumgenossenschaft gekauft.

Es ist eingangs schon gesagt, daß die Konsumgenossenschaft einen erfreulichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Am 31. Dezember 1915 zählte sie 104 358 Mitglieder gegen 94 295 am 30. Juni 1915. Die Zunahme von rund 10 000 ist recht erfreulich, und wenn auch da nun der eine oder der andere sein mag, der seinen Beitritt doch lediglich um eine Einkaufsquelle mehr zu haben, so schließen wir uns aber doch auch der Auffassung der Konsumgenossenschaft an, daß gerade in jetziger Zeit den Verbrauchern der Wert der konsumgenossenschaftlichen Organisationen recht drastisch vor Augen geführt wird und daß deshalb die überaus große Anzahl von denen, die jetzt ihren Beitritt beschließen, auch in späterer Zeit treue Anhänger der Genossenschaftswesen bleiben werden.

Daß somit die Konsumgenossenschaft die Kriegszeit bis jetzt gut überstanden, so kann man nur hoffen und wünschen, daß auch die folgende Zeit ihr günstig sein möge, und wir hoffen, daß, was unsere Leser dazu beitragen können, dieses Arbeiterunternehmen zu fördern, von ihnen mit allem Nachdruck gewünscht wird.

Gewerbegericht und Kaufmannsgericht.

Unter dem Einfluß des Krieges haben in Berlin beim Gewerbegericht und auch beim Kaufmannsgericht die Klagen sich gemindert. Für das Geschäftsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915) sind jetzt die Jahresberichte der beiden Gerichte vom Magistrat bekanntgegeben worden. Wir entnehmen ihnen, daß diesmal einhundert beim Gewerbegericht nur 10 649 Klagen, gegenüber 13 059 im Vorjahr, beim Kaufmannsgericht nur 6487 Klagen, gegenüber 6977 im Vorjahr. Nach Ablauf der vor dem ersten Termin erledigten Klagen blieben für die Rechtsprechung beim Gewerbegericht 10 053 (im Vorjahr 12 609), beim Kaufmannsgericht 5225 (im Vorjahr 5762).

Beim Gewerbegericht waren die einzelnen Kammern fast sämtlich an dem Rückgang beteiligt, mit Ausnahme nur von Kammer II. Von den im letzten (bezw. vorletzten) Jahr für die Rechtsprechung gebliebenen 10 053 (12 609) Klagen entfielen auf die Kammern I. Schneiderer, Röhren 2617 (3188), II. Textil-, Leder-, Buchindustrie 986 (870), III. Baugewerbe 888 (849), IV. Holz- und Eisenstoffe 879 (557), V. Metalle 1142 (1343), VI. Nahrung, Bekleidungs-, Erziehung 2014 (2966), VII. Handel, Verkehr 1300 (1850), VIII. Allgemein 947 (1180). Der Jahresbericht über 1914 bemerkt vorweg, daß in 1915 bei den Kammern I, II, V, die für die Industrie von Klagenbescheidungsgegenständen und Revisionen zuständig sind, die Klagen zeitweise sich wieder sehr gemehrt haben. Aus dem, was der Bericht über die Beilegung der Klagen

Aber Streitgegenstand, Objektiv, Prozedur usw. mittelst, empfängt man im wesentlichen das selbe Bild wie in den Vorjahren. Die höchste Klage summe hatte diesmal die ungewöhnliche Höhe von 19 595 M., die niedrigste war — 49 Pf. Unter den eingegangenen 10 549 Klagen waren 589 von Arbeitgebern und 9960 von Arbeitnehmern, unter letzteren 2891 von weiblichen Personen, 606 von Feimarbeitern, 175 von Lehrlingen, 108 von Lauf- und Arbeitsbüchsen. Der Bericht erwähnt auch die Schlichtungskommission für Streitigkeiten bei Militärlieferungen im Schnebergewerbe, die unter Leitung des ersten Vorsitzenden vom Gewerbeamt eine sehr umfangreiche Tätigkeit ausgeübt hat. Hervorgehoben wird, daß „mancher Ausbeutung auf dem fraglichen Gebiet seitens des unredlichen und oft nicht einmal fachmännisch ausgebildeten Unternehmertums in dieser harten Zeit sofort kräftig begegnet werden konnte“.

Auch beim Kaufmannsgericht hat hinsichtlich der Klageerhebung, des Streitgegenstandes usw. sich nichts Wesentliches geändert. Beteiligt waren an den in 1914 eingegangenen 5487 Klagen die Geschäftsinhaber mit 154, die Handlungsgehilfen mit 5333, an letzteren die weiblichen Personen mit 1063, die Lehrlinge mit 216.

Die Vere der Heimstätten.

In den Heimstätten der Stadt Berlin läßt regelmäßig in der kälteren Jahreszeit der Zustrom von Aufnahme suchenden nach. Alljährlich hat sich der Arger wiederholt, daß im Sommer wegen andauernd voller Besetzung der meisten Heimstätten vielen Bewerbern eine lange Wartezeit zugemutet werden mußte und dann im Winter diese Heimstätten sich nicht füllen wollten. Die Hinweise darauf, daß auch Winterkuren in den Heimstätten durchaus zu empfehlen sind, haben die Heimstätten-Besetzung der Wintermonate nicht wesentlich zu bessern vermocht. Schon seit Jahren wurde mit Beginn des Winters eine der beiden Heimstätten für gesunde Frauen auf ein paar Monate überhaupt geschlossen, weil bis in den Frühling hinein die Aufnahmegesuche nur spärlich waren und die andere dieser Heimstätten ausreichte. Nach Ausbruch des Krieges kam es aus anderen Gründen zu einer weitgehenden Einschränkung des Heimstättenbetriebes, so daß seitdem von den sieben Heimstätten der Stadt drei ihrer Bestimmung gänzlich entzogen sind. Es werden jetzt nur folgende Heimstätten betrieben: 1. Heinersdorf, für Knaben im schulpflichtigen Alter und für Mädchen vom 6. bis 12. Jahr; 2. Wlankensfelde, für Frauen und für Mädchen vom 12. Jahre ab mit geschlossener Tuberkulose, mit Herbenschwäche und mit Wutarmut; 3. Malchow, für Frauen und für Mädchen vom 8. Jahr ab mit offener Tuberkulose; 4. Buch, für lungenleidende Männer. Die Einschränkung hat nichts daran geändert, daß im Winter die Heimstätten eine nur mäßige Besetzung erzielen. Wir sehen das jetzt bei den vier in Betrieb gebliebenen Heimstätten ebenso, wie früher in der Zeit des uneingeschränkten Betriebes aller Heimstätten. Die Heimstätte Heinersdorf hatte noch in der ersten Hälfte des Dezember volle Besetzung, gegen Ende Januar aber waren von 70 verfügbaren Betten 33 frei. In der Heimstätte Wlankensfelde, die seit der zweiten Hälfte des Dezember nur 64 Betten bereit hält, waren bis in die zweite Hälfte des Januar stets freie Betten zu haben. Noch am 20. Januar waren hier 18 Betten frei, am 27. Januar aber konnte diese Heimstätte wieder volle Besetzung meiden. Malchow hatte bis Anfang Dezember 104 Betten zur Verfügung, die aber schon in der zweiten Hälfte des November nicht mehr sämtlich besetzt wurden. Auch nach Ermäßigung des Betriebes auf 88 Betten kam es im Dezember zu keiner vollen Besetzung mehr, und in der ersten Hälfte des Januar ging die Zahl der besetzten Betten sogar bis auf 50 herab. Erst gegen Ende Januar konnte wieder gemeldet werden, daß von den 88 Betten 57 besetzt und 31 frei waren. Heimstätte Buch hat seit Anfang Dezember einen Betrieb von nur 68 Betten, aber auch diese wurden nicht mehr sämtlich besetzt. Gegen Ende Dezember waren hier 17 Betten frei, erst im Januar hob sich die Besetzungsziffer wieder etwas, aber gegen Ende Januar wurden immer noch sieben freie Betten gemeldet. Selbstverständlich ist in der Kriegszeit das Verlangen nach einem Heimstättenaufenthalt obendrein geringer, weil die Reichen der Männer durch Einberufungen zum Heeresdienst gelichtet sind und viele Frauen die jetzt sich ihnen bietende Arbeitsgelegenheit nicht ungenutzt lassen möchten. Aber auch das scheint mitzuspoken, daß wohl bei den Krankenlasten und in der Armenpflege jetzt die Voraussetzungen für die Gewährung eines Heimstättenaufenthaltes schärfer genommen werden. Auffallen muß, daß besonders die Kinder beim Stätte in Heinersdorf zur Zeit so sehr schwach besucht ist. Daß hier das Bedürfnis nicht größer sein sollte, möchten wir kaum für glaublich halten.

Ein unauferklärter Selbstmord wird aus der Anhaltstraße gemeldet. Bei der Frau eines Friseurs, der im Felde steht, lernte seit einem Jahre eine 17 Jahre alte Hedwig Kraft, die auch bei ihr wohnte und das Schlafzimmer mit ihr teilte. Als die Frau vorgestern abend aus ihrem Geschäft in der Königsgräber Straße nach Hause kam, fand sie die Schlafstube verschlossen und erhielt auf ihr Klopfen keine Antwort. Sie begab sich zu ihren Eltern und übernahmte bei ihnen. Erst als sie gestern mittag keinen Einlaß erhielt, ließ sie durch den Förster die Polizei holen. Diese öffnete jetzt und fand das Mädchen in seiner Nachtkleidung tot auf dem Sofa liegen. Es hatte sich aus einer Browningpistole von der linken Hüfte aus eine Kugel nach aufwärts in den Körper geschossen. Auf einem Zettel hatte es die Eltern um Verzeihung gebeten, und mitgeteilt, die Veranlassung zum Selbstmord sei nicht Liebeskummer, sondern andere Gründe. Diese deutet sie jedoch auch nicht einmal an.

Von einem Kriegsinvaliden festgenommen wurde gestern ein alter Stadtbahnbediener, der 42 Jahre alte „Arbeiter“ Benjamin Hammelboom aus der Waldstraße in Noabit. Der schon oft und schwer bestrafte Mann lebt seit Jahren von der Fledderei. Gestern machte er wieder eine Fahrt auf der Stadt- und Ringbahn. Auf dem Schlesischen Bahnhof bestieg ein Kriegsinvalide einen Nordringzug, um nach der Pultzstraße zu fahren. Er sah allein im Abteil. Ihm fiel sich der Fledderer gegenüber. Die beiden kamen in ein Gespräch, in dessen Verlauf der Kriegsinvalide seine Briefstache aus der Brusttasche des Lieberziehers nahm, um aus den Militärpapieren, die er außer 40 Mark Papiergeld darin trug, einmal nachzuweisen, was er alles mitgemacht habe. Nach der Unterhaltung aber schloß er leicht ein. Vor dem Aussteigen an der Pultzstraße merkte er, daß das Geld, zwei Zwanzigmarscheine, ihm fehlte. Er nahm sofort sein Gegenüber am Kragen und sagte ihm den Diebstahl auf den Kopf zu. Der erkappte Fledderer versuchte noch, ihm die Geldscheine wieder in die Lieberziehertasche hineinzustecken. Es half ihm aber nichts, er wurde verhaftet und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist die Stütze Johanna Oberflecker aus der Linkstraße 26 geworden. Gestern früh wurde die O. tot in ihrem Bette aufgefunden. Wie festgestellt wurde, ist das junge Mädchen einem Anglikanfall erlegen. In der Nacht hatte sich der von der Gasleitung zu dem in dem Zimmer aufgestellten Gasofen führende Schlauch gelöst, wodurch das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Oberlichterbrecher suchten in der vergangenen Nacht das Hauptgeschäft der Butterhandlung „Union“ in der Dresdener Straße 132 heim. Sie stahlen für 1000 M. Butter, Margarine und Schmalz.

Vor einigen Tagen erbeuteten diese Spezialisten in einem Zigarrenladen in der Jerusalemstraße für mehrere hundert Mark von den besten Zigarren und Zigaretten, Zigarrenspitzen und Pfeifen aus Meerischaum. — Durch ein Hoffenstier, an dem sie eine Scheibe eindrückten und dann den Kiesel umlegten, verschafften sich Einbrecher Zugang in das Rodewarenengeschäft von Guttentberg in der Wilhelmsdorfer Straße 122 zu Charlottenburg. Sie nahmen für 3000 M. Plusen und andere Kleidungsstücke und 300 M. bares Geld mit.

Eine neue Rohrpostbetriebsstelle mit Telegrammannahme und öffentlicher Sprechstelle wurde am 7. Februar in dem Postdienstgebäude in der Dranienburger Str. 73/76 eröffnet. Die Annahme von Rohrpostsendungen, Telegrammen und Gesprächsanmeldungen erfolgt dort im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr vormittags bis 10 Uhr nachmittags. Von demselben Tage an wird die Rohrpostbetriebsstelle und Telegrammannahme bei dem Postamt Berlin N 24 in der Dranienburger Straße 35/36 aufgehoben.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle, SO, Adalbertstr. 41, die jedermann zur unentgeltlichen Benutzung offensteht, ist im Monat Januar von 7084 Personen besucht worden. In der Ausleih-Bibliothek wurden 2935 Bände unterhaltende und belehrende Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, Sonntags 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Auf Anfragen teilen wir mit, daß zur Benutzung der Bibliothek jede Person berechtigt ist, die das 14. Lebensjahr überschritten und ihren Wohnsitz oder ihre Beschäftigung in Groß-Berlin hat. Wer sich über Wohnung und Beruf durch Vorweisung des Verbandsbuches, Wahlvereinsbuches, Krankenlastenbuches, Mietsvertrages oder ähnlicher Papiere ausweisen kann, erhält eine Lesekarte unentgeltlich ausgestellt. Diese Lesekarte gilt zunächst für ein Jahr; sie wird nach Ablauf nach Kontrolle etwaigen Wohnungswechsels ohne weiteres von Jahr zu Jahr verlängert.

Ein Höchstpreis-Merkbuch ist vom Nationalen Frauendienst, Abteilung Berlin, herausgegeben worden. Es ist fochden durch einen Nachtrag ergänzt worden, der die neu festgesetzten Höchstpreise für Käse, die ergänzenden Bestimmungen für den städtischen Schweinefleischverkauf, Höchstpreise und die abgeänderten Preise für Brot enthält. Das Heft zusammen mit dem Nachtrag ist für 5 Pf. durch das Hauptbureau des Nationalen Frauendienstes, Rollendorsplatz 3, event. durch Briefmarkeneinsendung per Post zu beziehen.

Aus den Gemeinden.

Städtische Schulzahnklinik Charlottenburg.

In der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1915 wurde die städtische Schulzahnklinik in Charlottenburg von 3147 Kindern aufgesucht und zwar von 1468 Knaben und 1679 Mädchen. Von diesen waren 41 Knaben und 38 Mädchen noch nicht schulpflichtig, sie waren der Klinik von den Kleinkinder-Fürsorgestellen zur Behandlung überwiesen. Außer einer Reihe anderer Behandlungen wurden 2979 Zähne gefüllt, 2487 Zähne gezogen und in 892 Fällen der Nerv getötet.

Städtischer Lichtbildervortrag in Dichtenberg.

Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Festsaal des Cecilien-Theaters, Mathausstraße, ein öffentlicher Lichtbildervortrag des Herrn Dr. Richard Hennig, Dozenten der Humboldt-Universität, statt über das Thema: „Abnorme Schlaf- und Dämmerzustände“. Eintritt ist frei. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Die Kinderwagensteuer in Spandau aufgehoben.

Eine alte, längst nicht mehr zeitgemäße Einrichtung, die oft den Spott herausgefordert hat, soll nun in Spandau verschwinden. Die Polizeiverwaltung in Spandau hat infolge des Beschlusses der städtischen Behörden, die sogenannte Kinderwagensteuer aufzuheben, eine Bekanntmachung erlassen, durch die vom 1. April dieses Jahres ab die Kinderwagen auch ohne Steuermarken auf den Bürgersteigen gefahren werden dürfen. Die Ausgabe von Kinderwagenmarken wird vom 1. April ab eingestellt. Die Steuer in Höhe von 1 M. jährlich mußte bisher entrichtet werden für die Erlaubnis, mit Kinderwagen die Bürgersteige befahren zu dürfen.

Kommunaler Kartoffelverkauf in Friedrichshagen.

Die Gemeinde hat nunmehr den Verkauf von Kartoffeln in eigener Regie übernommen. Es sind größere Vorräte vorhanden, so daß jede Familie ausreichend versorgt werden kann, dabei wird vorausgesetzt, daß diejenigen, die Bestände im Keller zu liegen haben, Rücksicht auf die minderbemittelte Bevölkerung nehmen. Der Verkauf findet von jetzt ab vormittags 9 Uhr im Hause Scharrerweberstr. 120 statt. Es werden nur Mengen bis zu 20 Pfund für jede Familie abgegeben.

Soziales.

Dienstvergehen der Kassenbeamten.

Dem preussischen Landtage liegt ein Gesetzentwurf zur Regelung der Dienstvergehen der Kassenbeamten vor. In der Begründung wird betont, ein solches Gesetz sei zur Vereinfachung von Zweifeln erforderlich, nachdem in Preußen von der Befugnis Gebrauch gemacht ist, den Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Kassen, die auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellt werden, die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten zu übertragen. Die Grundlage des vorgelegten Disziplinargesetzes bildet das Gesetz betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten vom 21. Juli 1852. Danach mocht sich disziplinar strafbar ein Beamter, der die Pflichten verlegt, die ihm sein Amt auferlegt, oder der sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt. Die Disziplinarstrafen bestehen in: Warnung, Verweis, Geldbuße bis 90 M., Arreststrafe bis zu acht Tagen und in der Entfernung aus dem Amt. Für die Ansetzung der Ordnungsstrafen (das sind die Strafen mit Ausnahme der Entfernung aus dem Amt) sind der Bezirksausschuß in erster, der Provinzialrat in zweiter Instanz vorgelesen. Für den Stadtkreis Berlin tritt an Stelle des Provinzialrats der Minister für Handel und Gewerbe. Die Entfernung aus dem Amte soll nur im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens vor dem Bezirksausschuß in erster und dem Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz angeordnet werden können.

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für Handel und Gewerbe, dem dieser Gesetzentwurf überwiesen wurde, nahm nach dem W. L. B. den Gesetzentwurf mit der einen von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite beantragten Änderung an, daß die Arreststrafe nicht zulässig sein soll. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist zu der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs außerdem beantragt, das Verhalten außer dem Amt nicht als Disziplinarvergehen erachten zu lassen, als Disziplinarbehörden den Kassenvorstand, das Versicherungsamt und das Oberversicherungsamt gelten zu lassen sowie ein auf Entfernung aus dem Amt abzielendes Verfahren nur auf Antrag des Kassenvorstandes stattfinden zu lassen.

Der so gestaltete Gesetzentwurf bedeutet eine ganz erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Kassen und zieht die Gefahr nach sich, daß Kassenbeamte wegen politischer Ansichten und Betätigungen trotz der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung verfolgt werden können. Es bleibt abzuwarten, wie seine Gestaltung im Plenum des Abgeordnetenhauses erfolgen wird.

Der Kabarettedirektor und sein Geschäftsführer.

Der Verlagsbuchhändler und Kabarettedirektor August Spitz hatte einen siebzehnjährigen Jüngling namens Fred Roak mit der Vorforgung der geschäftlichen Angelegenheiten, Engagement von Personal und dergleichen betraut. Roak engagierte eine Tänzerin für die Zeit vom 22. bis 31. Januar gegen ein Honorar von 6 M. pro Abend. Der Engagementsvertrag war mit dem Geschäftsstempel „August Spitz, Flammings Verlag“ versehen. Hiernach mußte die Tänzerin also annehmen, daß sie im Namen des Kabarettedirektors Spitz engagiert war. Doch mehr mußte sie und jeder, der auf Treu und Glauben hält, in dieser Ansicht bekräftigt werden, als sie einen mit dem Namen des Direktors Spitz unterzeichneten Zettel erhielt, der sie zum Auftreten in einem Kabarett in der Kneisebedstraße zu Reußlin aufforderte, wo auch ihr Name auf dem gedruckten Programm stand. Die Tänzerin trat auf, aber Direktor Spitz war mit ihren Leistungen nicht zufrieden. Er ließ Vertrag und Besoldung zurück, die Tänzerin nicht und bezahlte sie auch nicht, so daß sie sich genötigt sah, vor dem Gewerbeamt auf Zahlung von 60 M., der Gage für die Vertragszeit, zu klagen. Der Beklagte erhob den Einwand, der Engagementsvertrag sei ohne sein Einverständnis von dem seit einiger Zeit spurlos verschwundenen Roak abgeschlossen. Dieser habe in allen Dingen sehr eigenmächtig gehandelt und ihn, den Beklagten, dadurch schwer geschädigt. Da der Vertrag ohne seine Einwilligung abgeschlossen sei, erkenne er denselben nicht an.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 60 M., weil die Klägerin nach Treu und Glauben annehmen mußte, daß Roak sie im Namen des Beklagten engagiert hatte und sie mit Wissen des Beklagten am ersten Abend auftrat.

Berichtszeitung.

Entwickelt.

Das Entwickeln einer fittierten Taschendiebin aus den Räumen einer Polizeiwache wurde den beiden Schutzleuten Hermann Kelm und Richard Linke zur Last gelegt, die gestern unter der Anklage des Vergehens gegen § 347 Str.-G.-B. vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I standen.

Am 28. Juni v. J. beobachtete eine für das Warenhaus Weichheim tätige Privatdetektivin auf dem Potsdamer Platz vor dem Café „Vaterland“ eine ihr als Taschendiebin bekannte Fremdenperson und bemerkte, wie diese im Gedränge vor der Haltestelle der Straßenbahn verlor, einer neben ihr stehenden Frau den Inhalt ihrer Handtasche zu entnehmen. Sie veranlaßte die Festnahme der Diebin durch einen Schuhmann, der Dienst auf dem Potsdamer Platz hatte. Dieser führte die Diebin nach der Polizeiwache des zuständigen 34. Polizeiviertels in der Königsgräber Str. 62. Die Detektivin, die Bestohlene und deren Tochter folgten dahin. Während der Angeklagte Kelm im Wachtzimmer davon unterrichtet worden war, daß es sich um eine fittierte handie, begab sich die Detektivin in das Telephonzimmer, wo Linke Dienst als Telegraphist hatte, und erzählte ihm das Vorgefallene, wobei sie besondere Vorsicht empfahl, da die Diebin schon mehrfach entkommen sei. Dann verließ sie die Wache gerade in dem Augenblick, als Kelm ins Telephonzimmer trat. Dieser erhielt nun von Linke den Auftrag, die im Wachtzimmer wartenden drei Frauen zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten zu ihm zu bringen. Um was es sich sonst handelte, sagte er nicht. Kelm forderte darauf mit den Worten: „Bitte, alle drei folgen“ die drei Frauen zum Willkommen auf. Anstatt nun aber den Schluß des Zuges zu bilden, legte er sich an die Spitze; dann folgten die Bestohlene und ihre Tochter und zuletzt die Diebin. Als die beiden Damen sich nach etwa sechs Schritten nach der Diebin umfahen, war diese spurlos verschwunden. Sie muß wohl mit den Lokalitäten sehr vertraut gewesen sein und die Wache durch eine aus dem Berliner Zimmer auf den Vorplatz der Wache führende untergeschlossene Tür verlassen haben und so auf die Straße gelangt sein. Sie ist kurze Zeit darauf festgenommen und zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. — Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme hielt Staatsanwalt Gagemann bei beiden Angeklagten eine Fahrlässigkeit durch Nichtbeachtung ihrer Instruktionen für erwiesen und beantragte je 150 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Linke zu 30 M., Kelm zu 50 M. Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Ein Kampf in den Lüften.

Wunderbar klar und blau wölbt sich der Himmel. Sein Völkchen trägt die Fernsicht, ungehindert gelangen die erwärmenden Strahlen der Sonne zur Erde. Es ist so warm und milde wie im Vorjohrer, trotzdem der Januar noch nicht zu Ende ist. Kein Lufthin regt sich. Vor den Quartieren stehen die Soldaten, die sich in Ruhe befinden, sonnen sich und sprechen von allem Möglichen, die hitzigsten Debatten werden gepflogen. Vor allen Dingen werden die Kriegslage und die Friedensaussichten besprochen, bis dann plötzlich die Aufmerksamkeit durch einen surrenden Ton in den Lüften abgelenkt wird. Ein Flieger nähert sich. Ist es ein befreundeter oder ein feindlicher? Die Meinungen sind geteilt. Ruhig und sicher nähert er sich, es ist ein großer Doppeldecker, der nun an seiner Bauart doch als ein französisches Flugzeug erkannt wird. Gespannt sind alle Augen zum Himmel gerichtet, um Zeugen der zu erwartenden Beschickung zu sein und sie zu kritisieren. Bald zeigt auch ein Donner aus dem nahen Wald an, daß die Beschickung einsetzt. Vorne, rückwärts und seitwärts blühen die Schrapnells und tauchen die weißen Völkchen auf. Bald näher, bald enger, jeder Schuß wird auf Erfolg oder Mißerfolg abgesehen. Sobald ein Schrapnell in der Nähe platzt, wird Verfall gemeldet, dagegen die Schießung veripottet, wenn die Explosion weit vom Flieger erfolgt. Der Flieger ist und wird von den Schrapnells eingekreist, immer näher plagen sie. Oft scheint es, als wenn das Flugzeug einen Volltreffer erlitten. . .

Aber ungehindert verfolgt der Flieger seine Bahn und seine Zwecke. Es gilt der Leitung von Artilleriewerke auf eine deutsche Artilleriestellung, und bald sauen auch schwere Granaten über unsere Köpfe dahin, mit lautem Krachen explodierend. Der Einschlag und die Wirkung wird vom Flieger beobachtet und durch Signale der Artillerie übermittelt. So kreist der Flieger fort eine Stunde lang, scharf beschossen, aber ungehindert. Es ist ungeheuer schwierig, mit den Fliegerabwehrkanonen ein Flugzeug herabzuholen. Mit der Zeit verlor das Schauspiel sein Interesse für die Soldaten, die ihre unterbrochene Debatte fortsetzten, bis dann plötzlich die Augen aller wie gebannt nach oben gerichtet waren. Ein Moment atemloser Spannung erfolgte, nur durch kurze Ausrufe unterbrochen. Doch oben in den Lüften zeigte sich ein kleiner Punkt, der sich mit großer Geschwindigkeit näherte und vergrößerte. Ein deutscher Flieger! Wie ein Sperber stürzte er sich auf den feindlichen Doppeldecker. Es sah aus, als wenn der Deutsche den Franzosen von oben packen und zur Erde drücken wollte. Nur wenige Meter oberhalb wurde das Flugzeug abgelenkt. Ein Ratten in den Lüften verkündete Maschinenemerklaump. Der Franzose schwankte gewaltig, und es schien, als wenn er abstürzen würde, aber es gelang dem Führer, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Eilig suchte er sich hinter den französischen Linien in Sicherheit zu bringen, indem er nur in geringer Höhe dahinflug. Aus diesem

Gründe war eine Fortsetzung des Kampfes und Verfolgung unmöglich. Aber der Sieger war vertrieben, die weitere Leitung des Feuers bereit. Mit Jubel wurde das Resultat von den Zuschauern begrüßt, und aus den nahen Schützengraben schallte ein zweifaches Hurra herüber als Lob für den deutschen Sieger.

Wie es in Riga zugeht.

Vom Leben in Riga, wie es sich zurzeit nur wenige Kilometer hinter der russischen Front abspielt, geben russische Blätter die folgende Schilderung:

Ungeachtet dessen, daß die starken Kräfte nun bereits über eine Woche andauern und die Düna bei Riga fest zugefroren ist, verharren die Gegner nach wie vor in Untätigkeit und hat auch in letzter Zeit keinerlei Versuche mehr gemacht, um sich den Flußübergang zu erzwängen. Auf der ganzen Ausdehnung der näheren Front herrscht Ruhe, und hin und wieder nur vernimmt man in weiter Ferne ein Artillerieduell, das jedoch stets sehr bald wieder verstummt.

Auf dem Lebensmittelmarkt ist nach langer Zeit endlich auch wieder etwas Fleisch eingetroffen, wenn die verfügbaren Vorräte natürlich auch außerordentlich knapp sind. Die Stadtverwaltung hat deshalb den Beschluß gefaßt, Fleisch in Sibirien zu kaufen, vorausgesetzt allerdings, daß die Eisenbahnverwaltung in der Lage sein wird, ihr die erforderliche Anzahl von Waggons zur Verfügung zu stellen, was zurzeit noch mehr als fraglich ist. Sind doch jetzt erst die notwendigsten Lebensmittel aus Sibirien in Riga eingetroffen, die die Stadt dort zu Beginn des vergangenen Jahres (1) bestellt hatte, darunter auch 70 000 Pud Roggenmehl, während man auf das Eintreffen von 12 Waggons Petroleum bis auf den heutigen Tag vergeblich wartet. Sämtliche für den Verbrauch der Bevölkerung bestimmten Waren werden von der Stadtverwaltung zum Weitertrieb an verlässliche Kaufleute abgegeben, die sich jedoch ausdrücklich verpflichten müssen, die festgesetzten Höchstpreise innezuhalten.

Am schwersten empfunden wird in Riga der Mangel an Futtermitteln, unter dem nicht nur die zahlreichen Flüchtlinge leiden haben, die gezwungen sind, ihr Vieh zu wahren Spottpreisen zu verkaufen, sondern auch die Droschkentreiber, die vielfach in andere Städte abwandern, und sogar der Zoologische Garten, der bereits eine ganze Anzahl seiner heutzutage in Riga lebenden Tiere oder veräußern müssen. Man hofft jedoch immerhin, den Zoologischen Garten der Stadt erhalten zu können — vorläufig wenigstens noch — und hat auch zu seinen Gunsten vor einigen Wochen eine öffentliche Sammlung eingeleitet, die noch nicht abgeschlossen ist, bisher aber bereits über 6000 Rubel erbracht hat. Unlängst gab es in diesem Garten ein großes Drama, indem nämlich einer der großen Varen über den anderen herfiel, ihn zerfleischte und in aller Gemütsruhe mit gutem Appetit aß. Der Beweggrund soll jedoch, wie die Direktion mitteilt, nicht Hunger, sondern — Eifersucht gewesen sein.

Handel und Industrie liegen natürlich in Riga vollständig brach; die wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung sind seit langem fortgezogen, und die selbstverständliche Folge davon ist, daß auch das ganze künstlerische und gesellschaftliche Leben Rigas zum Stillstand gekommen ist. In letzter Zeit aber hat man dennoch einen Versuch gemacht, wenigstens das einst so berühmte musikalische Leben Rigas wieder aufleben zu lassen, und man leitete diesen Versuch mit einem Wohlstandskonzert ein, an dem die in Riga verbliebenen Künstler des Stadttheaters und die Kapelle des letzten Schützenregiments, zu dessen Gunsten das Konzert stattfand, teilnahmen. Der Erfolg war außerordentlich groß, obwohl die Veranstaltung wegen der abends in Riga herrschenden absoluten Dunkelheit nicht am Abend, sondern am Nachmittage stattfand.

Verstümmelte Landwirte.

Die Landwirte im Kreise Jauer haben bis jetzt den Rekord in der Verstümmeltheit erreicht. Nach dem „Jauerischen Stadtblatt“ hat die Nachprüfung der Bestände ein Resultat ergeben von 9727 Zentner Roggen, 30252 Zentner Weizen, 11344 Zentner Hafer. Zusammen 61823 Zentner Getreide, die bei der allgemeinen Bestandsaufnahme von den betreffenden Besitzern verstümmelt worden waren. Nachteile erwachsen den Besitzern aus der Aufdeckung ihres Treibens nicht, denn den Landwirten des Kreises ist kürzlich ein Generalpardon für die Abgabe der Menge des in ihren Betrieben noch befindlichen Brotgetreides gewährt worden. Man darf aber gespannt darauf sein, mit welchen Argumenten die Rostische und Westarp im Reichstag dieses Verhaltnis der Landwirte zu rechtfertigen versuchen werden.

Fluchtversuch internierter französischer Flieger.

Zürich, 6. Februar. (W. Z. B.) (Meldung d. Schweizer. Depesch-Agentur.) Die französischen Flieger Gilbert und Farh, welche hier in einer Kaserne seit Oktober 1915 interniert sind, versuchten in Zivilkleidern zu entfliehen. Die Flucht wurde bemerkt, Telephon und Telegraph in Bewegung gesetzt und die französische Grenze gesperrt. Beide Flüchtlinge wurden in einem Zug französischer Artillerie auf der Station Olten verhaftet. Sie werden Sonntag wieder in Zürich eintreffen. Eine Untersuchung ist eingeleitet zur Feststellung der näheren Umstände, besonders des Bahnhofes, den sie zum Besteigen des fahrplanmäßigen Krieges-gefangenenzuges benützt haben, welcher vor der Abfahrt in Zürich genau durchsucht worden war.

Ein jugendlicher Muttermörder. In Luenen (Regierungsbezirk Amdenberg) erschlug ein sechzehnjähriger Bursche namens Lange seine Mutter mit einem Beil und entfloß.

Von einer Lawine überrascht. Die Basler Blätter melden, wurden ein Fabrikant Frei Schuler und Dr. jur. Jenny aus Glarus am Clariden von einer Lawine in die Tiefe gerissen. Die Leichen wurden aufgefunden und geborgen.

Ein Dorf eingeebnet. Das Dorf Mäder in Boralberg geriet in Brand und wurde infolge eines gerade herrschenden Föhnwindes größtenteils eingeebnet.

Hinrichtung eines fünffachen Mörder. Der 21 Jahre alte Anacht Sowa aus Deutsch-Ohlau, der im Oktober vom Krieges-justizamt in Allenstein wegen fünffachen Mordes fünfmal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt durch Erschießen hingerichtet worden. Sowa war, wie wir seinerzeit berichteten, in der Nacht zum 22. August in die Wohnung der Händlerfrau Schmeiger eingedrungen und hatte diese, ihre drei Kinder und ihre Schwester, ein Fräulein Auguste Gah, ermordet.

Ein Millionenvermächtnis zu Volksbildungszwecken. Wie aus Budapest berichtet wird, hat Frau Irma Krail, die in vierzig Ehe mit einem Baron Strahlendorf verheiratet war, testamentarisch zehn Millionen für Volksbildungszwecke vermacht. Der Ehemann der Erblasserin erhält nur eine geringfügige monatliche Unterhaltssumme.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 448 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Stappen-Inspektion der 9. Armee.
Infanterie usw.: Garde; 4. Garde-Regiment 3. B.; Garde-Reg. Jäger-Bat. 3. Erf.-Maschinengew.-Komp. des Gardekorps. Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füf.-Regimenter Nr. 1, 8, 13, 14, 17, 18, 21 bis einschl. 24, 27 bis einschl. 30, 41, 42, 43, 44 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 372), 45, 147 (s. Inf.-Reg. Nr. 372), 360 bis einschl. 363, 365, 368 bis einschl. 372. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 7, 8, 12, 15,

17, 18 (s. auch Drag.-Reg. Nr. 10), 19 bis einschl. 23, 27, 30, 46, 227, 229, 269. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 6, 17, 19, 22, 23, 25, 27, 87 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 30), 118 (s. Inf.-Reg. Nr. 365). Landw.-Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 2 und 3. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109. Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 1 des 4. Armeekorps. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 11, 14 (beide s. Inf.-Reg. Nr. 360), 25 (s. Inf.-Reg. Nr. 360), 40 (s. Inf.-Reg. Nr. 366), 42, 49 (beide s. Inf.-Reg. Nr. 365), 81 (s. Inf.-Reg. Nr. 362). Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 9 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2) und 43 (siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 3). Landst.-Inf.-Bataillone: 2. Allenstein, 1. Andernach, 1. Arolsen, Aurich, Varren, Bartenstein, 3. Beuthen i. O.-Schl., 3. und 4. Bonn, 1. Brandenburg, 1. Braunsberg, 1. und 2. I. Breslau, Briesen, 3. Freiburg (s. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109), Hildesheim, Hohenfels, 1. und 2. Jüterborg, Jülich, 1. und 2. Karlsruhe, Kattowitz sowie 15. des 1. Armeekorps. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: 6. Allenstein, 5. des 1. Armeekorps (Kriegsgraben), 3. Aurich, 7. Beuthen i. O.-Schl., 3. Karlsruhe, 9. des 6. Armeekorps (Kattowitz), 12. des 4. Armeekorps (Magdeburg) sowie 25. des 7. Armeekorps (Münster). Landst.-Inf.-Ausbildungs-Bataillone: Aisfeld, Herzfeld und Kattowitz. Stappen-Hilfskomp. Nr. 8 und Stappen-Sammelpompage Nr. 1. Garnison-Reg. Straßburg i. E. Garnisonkommando Saargemünd. Wachtkommando Reg. Jäger-Reg. Nr. 2; Bataillone Nr. 3, 4, 6, 8, 11; Ref.-Bataillone 1, 3, 4, 5, 10, 14 (letztere beide s. Jäger-Reg. Nr. 2). Ref.-Nachfahr.-Komp. Nr. 30; Rettungs-Nachfahr.-Komp. Neubrück. Maschinengew.-Abt. Nr. 3; Gebirgs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 218 und 232; Rettungs-Maschinengewehr-Abt. Diebenhofen; Neu aufgestellte Rettungs-Maschinengewehr-Abt. Köln.

Kavallerie: Kürassiere Nr. 4; Dragoner Nr. 4, 7, 10, 12, 28; Husaren Nr. 4, 5, 6, 13; Ref.-Husaren Nr. 2 und 6.
Feldartillerie: 1. und 2. Garde-Reg. Regiment Nr. 1 (siehe Inf.-Reg. Nr. 14), 2, 4, 5, 8, 14, 16, 19, 21 bis einschl. 24, 34, 37 bis einschl. 40, 46, 52, 55, 57, 58, 59, 63, 70, 75, 79, 81, 84, 87, 91, 100, 218; Ref.-Regimenter Nr. 11, 15, 20, 46, 52, 55, 57, 58, 70; Landw.-Regimenter Nr. 4 und 5. Feldart.-Batt. Nr. 823. Gebirgsartillerie-Batt. Nr. 1.
Fuhartillerie: Regiment Nr. 16 und 17; Ref.-Regimenter Nr. 9, 14, 17. Fuhart.-Bataillone Nr. 26, 30, 52; Batterien Nr. 111, 117, 253, 334, 475, 545.

Pioniere: Erf.-Bat. des Garde-Pionier-Bat. Regiment Nr. 20, 23, 25, 30, 31; Bataillone: I. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 3, II. Nr. 4, I. Nr. 5, II. Nr. 6, I. und II. Nr. 14, II. Nr. 15, I. und II. Nr. 16, I. Nr. 17, I. Nr. 21, I. Nr. 26, I. und II. Nr. 27, III. Nr. 28; Erf.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 9, 10, 21. Pionier-Komp. Nr. 249; 2. Landw.-Komp. des 8. Armeekorps; 3. Landst.-Komp. des 2. Armeekorps. Sturm-Abt. Feld-Scheinwerfer Nr. 268. Minenwerfer-Komp. Nr. 38; Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 210; Pioniere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 117 und 199.
Verlehrsstruppen: Militäreisenbahn-Maschinenamt. Cent. Eisenbahn-Betriebskomp. Nr. 8; Rettungs-Eisenbahn-Betriebskomp. Nr. 1. Telegr.-Bat. Nr. 1. Fernspr.-Abt. Nr. 32 der Vugarmet.-Feldliegertruppe.
Train: Train-Abt. Nr. 11. Leichte Probantkolonne der 111. Inf.-Div. Train-Probantkolonne Nr. 22 des 8. Reservekorps. Fußpart.-Kolonne Nr. 3 des 2., Nr. 1 des 3., Nr. 3 des 9., Nr. 7 des 21. Armeekorps, Nr. 46 der 84. Inf.- und Nr. 302 der 16. Landw.-Div.; Ref.-Fußpart.-Kolonne Nr. 7 der 6. Ref.-Div. Stappen-Fußpart.-Kolonne Nr. 17 der 1. Inf.-Div., Nr. 158, Nr. 215 X, Magazin-Fußpart.-Kolonne Nr. 11 der 3. Armeekorps. Feldbäderkolonnen Nr. 1 des Garde-Reservekorps, Nr. 1 des 1., Nr. 1 des 2., Nr. 1 des 15. Armeekorps, Nr. 67 und 88; Ref.-Bäderkolonnen Nr. 24 des 22. und Nr. 39 des 40. Reservekorps sowie solche Nr. 21, 23, 35; Landw.-Feldbäderkolonne Nr. 3. Stappen-Bäderkolonne Nr. 1 des Gardekorps; Stappen-Hilfsbäderkolonne Nr. 122.

Munitionskolonnen: Art.-Munitionskolonnen Nr. 6 der 4. Garde-Inf.-Div., Nr. 6 des 10. Armeekorps; Munitionskolonnen der 65. Landw.-Div.; Feldbauhüben-Munitionskolonnen Nr. 419; Ref.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 30 und solche (F) Nr. 84. Fuhpart.-Munitionskolonnen Nr. 215, 245, 274. Stappen-Munitionskolonnen Nr. 196 (Horde) und Nr. 316.
Sanitäts-Formationen: Ref.-Lazarett Nr. 1 Braunschweig, Essen, Nr. 1 Görlitz Pölsin, Nr. 1 Saarbrücken, Nr. 3 Sagan. Freiwillige Krankenpflege.
Armerungs- und Straßenbau-Formationen: Armerungs-Bataillone Nr. 34, 39, 40, 41, 43, 50, 78, 112, 115.
Artilleriedepot Königsberg i. Pr. Bezirkskommando Rostock.

Die bayerische Verlustliste Nr. 249 meldet Verluste des 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25. Inf.-Regiments; 1. Jäger-Bat.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 6, 7, 10, 11, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 2; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 8, 10, 15; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 1, 4, 5, 7, 12; Landst.-Bat.; Bamberg 1. Mindelheim, Nürnberg III. 4., 5., 9., 12., 19. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1, 6, 8, 10; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6. 1. Fuhart.-Reg.; Ref.-Fuhart.-Bat. Nr. 6. Pionier-Reg.; 1., 2. Pionier-Bat.; Part.-Komp. Nr. 9; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 3; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 6. Div.-Brüdertrio 10. Stappen-Munitionskolonnen (6. Ref.-Div.). Artillerie-Bat. Nr. 1, 5, 9; Verhütungen zu den Verlustlisten Nr. 1 mit 280 (Bermühle). Weitere Verhütungen.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 251 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits angegeben haben.
Die württembergische Verlustliste Nr. 342 teilt Verluste folgender Truppenteile mit: Gren.-Reg. Nr. 119; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füf.-Reg. 122; Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125, 127. Dragoner-Reg. Nr. 25; Ulanen-Reg. Nr. 20. Feldart.-Reg. Nr. 49; Gebirgs-Kanonen-Bat. Nr. 4; Verluste durch Krankheiten. Verhütungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Steglich. Mittwoch gemeinsamer Jahrsabend. — Für den Südbender Ortsteil bei Jabel, Stephanstraße; für die übrigen Bezirke bei Scheibole, Hornstr. 15a.
Mariendorfer. Sonnabend, den 12. Februar cr., abends 8 Uhr, Veranstaltung der Bildungsauswahl in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserstraße, einen Ballabend. Mitwirkende: Frä. Bally (Regitation), Herr Anton Eilermann (Gesang), Herr Alexander Dichtlein (Klavierbegleitung). Das Programm verläuft einen genussreichen Abend. Eintrittskarten a 20 Pf. sind bei den Bezirksführern, in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und in den auf dem Plakat ersichtlichen Stellen zu haben. Frauen der eingezogenen Genossen haben freien Eintritt.
Trevtow. Baumhäuserweg. Mittwoch, den 9. Februar, 8 1/2 Uhr abends, spricht bei Kudat, Am Treptower Park 66, Genosse Zubeil über: „Die letzten Vorgänge in der Praktion und im Reichstag“. Mitgliedbuch legitimiert.
Friedrichshagen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Witwe Verhe, Friedrichstr. 112, statt. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt spricht über: „Der mitteleuropäische Wirtschaftskrieg“. Die Mitglieder werden ersucht, mit ihren Frauen pünktlich zu erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf. O. Die von der Bezirkskommission für Teget, Reinickendorf-O. und West beschlossene Vortragsreihe über „Wirtschaftliche Streisäge“ kann erst Dienstag, den 15. d. M., beginnen. Vortragslokal: Jugendheim Reinickendorf-West, Bachholderstraße 44. Vortragender: Genosse Holzrichter. Die Teilnahme erwachsener Genossinnen und Genossen ist erwünscht.
Wettertauschlichter für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Wind und zeitweilige heiter, jedoch vorherrschend wolfig mit öfter wiederholten, meist leichten Regenfällen.
Inseratenteil verantw.: T. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Eingegangene Druckschriften.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Von Karl Kautsky. 50 Pf. — J. H. W. Dietz, Stuttgart.
Volksgesundheit. 26. Jahrgang. Nr. 2. Zeitschrift des Verbandes Volksgesundheit. Erscheint monatlich. Jährlich 3 P. — Selbstverlag in Köpenick-Dresden.
Die Tat. Sozial-religiöse Monatschrift. 7. Jahrgang. Heft 11. Bierselbständig 3 P. — E. Diederichs, Jena.
Aus meinem Abenteuerleben. Von P. A. Vidler. 1,20 Kronen. — J. Brand u. Co., Wien, 6.

Briefkasten der Redaktion.

Die tatsächliche Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 5, IV. Col. rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Quittungsbogen und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erstellt. Anfragen, wenn keine Monnomentbestimmung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Zeitschriften und verglichen bringt man in der Sprechstunde mit.

Herta 10. Sie könnten Beschwerde beim Magistrat führen. — H. R. Soweit Sie nur garnisondienst- und arbeitsverordnungsähnlich sind, soll Entlassung eintreten. — Pantow 20. 1. Verleihen Sie, eine Einigung mit der Firma zu erzielen. 2. Der Wirt kann Sachen einbehalten; er kann auch die Kündigung ausbrechen. Haben Sie ihn eventl. nur das Mietverhältnis. — G. Z. 33. Bei der langen Arbeitszeit müssen der Tochter selbstverständlich Ruhepausen zur Einnahme der Mahlzeiten gewährt werden, auch kann sie pünktlichen Gehaltszahlung, eventl. Bezahlung der Liebesstunden verlangen. — Genosse Adlerhof, 1. und 2. Ja. 3. Rein. — Zu 99. Ohne weiteres haben Sie deshalb keinen Anspruch auf Unterstutzung. Sie könnten sich nur mit einem Gehalt an die von Ihnen genannte Stiftung wenden. — H. R. 32. Wir würden Ihnen empfehlen, sofort die Klage einzulegen. — H. Dreher. Wenn Ihnen der Befehl zum Kirchendienst erteilt wird, können Sie sich dem nicht entziehen. Unseres Wissens ist seinerzeit vom Kaiser eine Verordnung erlassen worden, monach Dissidenten zum Kirchgang nicht gezwungen werden sollen. Sie könnten wegen des Zwanges zum Kirchendienst im Rahmenmäßige Beschwerde einreichen. — S. Z. 613. 1. und 2. Rein. — Richterberg 25. S. G. 1. und 2. Ja. 3. Sie müssen der Krankenliste Mitteilung machen, daß Sie die freiwillige Mitgliedschaft fortsetzen wollen. 4. Sie müssen das angeben. Ob Ihnen die staatliche Unterstutzung gewährt wird, richtet sich nach der Höhe der Unterstutzung des Arbeitgebers. — H. R. 80. Erbberechtigt sind die Mutter und die Geschwister. Die Mutter erbt die Hälfte, die Geschwister die andere Hälfte zu gleichen Teilen. Die Schuld muß an die Erben gezahlt werden. — H. R. 50. Nachmüsterung kann noch erfolgen. — S. 88. 1. Ja. 2. Die Armenkassen des Magistrats. — H. R. 7899. Für diesen Jahrgang ist eine öffentliche Aufforderung noch nicht erfolgt. Sie können diese abwarten. — S. Z. 3040. Ja. — H. R. 116. Es wäre zunächst zu empfehlen, sich an den Metallarbeiterverband zu wenden, eventl. können Sie durch Klage beim Gewerbegericht die Zulage erwirken. — H. R. 372. 1. Nach dem Erblastatut. 2. Das Testament muß nach dem Tode unverzüglich dem Amtsgericht einreichet und Termin zur Eröffnung desselben beantragt werden. 3. Wenn Sie keine Abschrift erhalten, müssen Sie diese besonders beantragen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Genosse
Hermann Wolter
Mitgl. 30/34
am 3. Februar im Lazarett Beethl
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 8. Februar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Fried-
hofe Färthensbrunnweg statt.
Um zahlreichste Beteiligung bitte!
250/3 Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kutscher
Gustav Kunzendorf
von der Firma Buch u. Landauer,
Reichsstraße 4, am 5. Februar
im Alter von 49 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 8. d. Mts., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Adomas - Kirchhofes,
Hermannstraße, aus statt.
61/16 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Osten II.
Am 3. Februar starb unser Mit-
glied, der Putzer
Hermann Matthias.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 9. Februar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral - Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
140/12 Die dist. Verwaltung.

Taufgabung.
Für die mir erwiesene herzliche
Anteilnahme anlässlich des Ablebens
meines lieben Mannes, unseres guten
Bruders und Schwagers, des
Klempners
Adolf Rietzschel
lage ich hiermit allen Freunden und
Bekanntem meinen innigsten Dank.
Frau Wwe. Rietzschel
nebst Angehörigen.
Taufgabung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes lage ich allen Freun-
den, Bekannten und Verwandten so-
wie dem Wahlverein und dem Deut-
schen Bauarbeiter-Verband meinen
innigsten Dank.
Witwe Sauer nebst Töchtern.

Max Marschall
im 32. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Genossen des 175. Bezirks
4. Wahlkreis.

Taufgabung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
sendungen bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
lagen wir allen Freunden und Be-
kannnten unseren besten Dank.
Wwe. E. Krilitz u. Kinder.

Am 1. Februar starb im Feld-
lazarett als Opfer dieses Krieges
infolge Blutvergiftung unser lieber,
braver Kollege und Genosse, der
Mitschreiber
Paul Mewes
im Alter von 31 Jahren.
Sein Andenken werden wir
stets in Ehren halten!
Das Gesamtpersonal der Zentrale
der Konsumgenossenschaft Berlin
und Umgegend. 2316

Glenn- und Kranzbindereri
von Robert Meyer.
Abt.: P. Gollets
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Sonntag früh entfällt laut
infolge Schlaganfalls unsere liebe
Wutter, Schmeiger, Grob, und
Ungelohmutter
Minna Möhle
geb. Koch
im 96. Lebensjahre.
Im Rahmen der Hinterbliebenen
Karl Möhle,
Mariendorfer Str. 16.
Beerdigung Mittwoch, 9. Febr.,
nachm. 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofs
Mariendorfer, Archenstraße.

Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß befehend
gearbeitete Stützelnagen sowie
Bruchbandagen aller Art,
Leibbinden, Hüftfortsätze u. m. Kräfte
zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.
Eier 110/54
für Keilschloß Lage, Stück 12, 15, 17,
20 Pf., Schod 7., 8, 10, 11, 20.
Reine Hühler. Nur Frischmilch. 83. Ball.
In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweifamer-
Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Stab-
vergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Raten-
zahlungen. Offerten H. 2 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Gröste Kulanz.